

## Die SPD in Ostberlin (1946–1961)

1. Einleitung
2. Quellen und Forschungsstand
3. Die Entwicklung der Berliner SPD von 1946 bis 1961
4. Die Wiederzulassung der Sozialdemokratie im sowjetischen Sektor und der Beginn des Aufbaus der SPD-Organisation
5. Das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (Beispiel Weißensee)
6. Die SED und die Ostberliner Sozialdemokraten
7. Die Ostberliner SPD-Organisation im Fadenkreuz der Stasi
8. Die Politik der Ostberliner Behörden gegenüber der SPD-Organisation
9. Der Organisationsalltag der SPD in Ostberlin in den fünfziger Jahren
10. Anhang
  - a) Abkürzungsverzeichnis
  - b) Literatur
  - c) Zur Zitierweise der Dokumente

### Zusammenfassung

#### 1. *Einleitung*

Die gemeinsame Verantwortung der Siegermächte für ganz Berlin schuf in den vier Sektoren der Stadt besondere Verhältnisse. Im Ostteil von Berlin war daher manches möglich, das ansonsten unter Herrschaft der SED undenkbar gewesen wäre. Eine der vielen Besonderheiten war die Existenz einer legalen SPD-Organisation in Ostberlin. Widerwillig mußte die SED, die ansonsten auch den kleinsten Ansatz zu einer organisierten Opposition im Keime erstickt hat, in ihrer eigenen Hauptstadt eine Partei dulden, die zu ihren entschiedensten Gegnern zählte.

Die Existenz der acht Kreisorganisationen blieb historisch gesehen eine Episode, die aber interessant genug ist, im Detail erforscht zu werden. Immerhin zählten die Kreisorganisationen des Sowjetischen Sektors von Groß-Berlin bei deren Auflösung im August 1961 noch ungefähr 5.000 Mitglieder. Damit befanden sich unter der Herrschaft der SED eine funktionierende und aktive Organisation der heftig befehdeten und sogar strafrechtlich verfolgten Sozialdemokratie. Zähneknirschend duldeten die DDR-Behörden diesen Zustand.

Die Ostberliner SPD stand unter dem Schutz des Vier-Mächte-Status und damit auch der Sowjetunion. Am Grundsatz der Zulassung der SED und der SPD in ganz Berlin wurde bis 1961 nicht gerüttelt. Da auch die sowjetische Außenpolitik an einer Betonung der Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Berlin gelegen war, mußte die SED zu einer widerwilligen Duldung übergehen. Sie versuchte allerdings nicht ohne Erfolg, die Sozialdemokraten aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, sie zu isolieren und durch eine Politik der kleinlichen Schikanen zur Resignation und zur Flucht in den Westen zu bewegen.

Gegenüber der West-SPD betrieb die SED-Führung stets eine Schaukelpolitik. Auf der einen Seite kam ihr die von der SPD proklamierte Ablehnung der NATO-Integration, der Atomaufrüstung usw. in gewisser Weise entgegen, und man hoffte an der SPD-Basis Verbündete oder zumindest „nützliche Idioten“ zu finden. Auf der anderen Seite war es gerade diese, gegen die Wiederaufrüstung und die NATO gerichtete Politik, sowie das programmatische Ziel des demokratischen Sozialismus, die die Sozialdemokratie für die SED besonders gefährlich machte. Am liebsten hätte man die sozialdemokratische Basis gegen die Führung aufgewiegelt. Für diese Politik gab es zahlreiche Ansätze, doch blieb sie in der Praxis meist reines Wunschdenken. Trotzdem hielt es die SED immer wieder für angebracht, gegenüber der SPD sanftere Töne anzuschlagen. Die Ostberliner SPD funktionierte dabei in der Art eines Indikators. Phasenweise fühlte sich die SED veranlaßt, auch gegenüber der SPD im „demokratischen Sektor“ vorsichtig aufzutreten.

Eine Rolle spielte auch die Haltung der SED gegenüber Berlin als einheitlicher Stadt. Schon lange vor dem Mauerbau versuchte sie allen anderslautenden Proklamationen zum Trotz, die Verbindungen innerhalb der Stadt systematisch abzuwürgen. Nach 1961, besonders im Zeichen der „Abgrenzungspolitik“ der siebziger und achtziger Jahren, versuchte die DDR-Führung ebenso beharrlich wie erfolglos das Bewußtsein auszulöschen, daß es sich um eine Stadt mit einer gemeinsamen politischen Tradition handelte.<sup>1</sup>

Die Ostberliner Sozialdemokratie gehörte zu den vielen Tabu-Themen der DDR-Historiographie. Auch im Westen erinnerte man sich nach 1961 nicht gerade sehr intensiv an die SPD-Genossen jenseits der Mauer. Abgesehen von einem wissenschaftlichen Aufsatz senkte sich bis 1989 Schweigen über dieses Kapitel sozialdemokratischer Geschichte.<sup>2</sup>

Als die neugegründete Sozialdemokratische Partei (SDP) am 5. November 1989 in der Sophienkirche den Bezirksverband für Ostberlin gründete, fanden sich einige alte Mitglieder ein und wiesen ihre Parteibücher vor, die

1 Vortrag vor der Enquete-Kommission am 12. Oktober 1993, erscheint im Deutschland Archiv 12/1993.

2 Merrit, Richard L./Francisco, Ronald A.: Die Symbolpartei in der Ost-West-Auseinandersetzung. Die Sozialdemokratie in Berlin 1945 bis 1961, in: Politische Vierteljahresschrift 13 (1972), S. 311–334.

sich achtundzwanzig Jahre aufbewahrt hatte. Insgesamt sollen es etwa 600 Sozialdemokraten gewesen sein, die ihre seit 1961 ruhende Mitgliedschaft erneuerten.

Keiner von ihnen vermochte eine prägende Rolle in der Parteiorganisation oder eine hervorragende Rolle in der Politik zu spielen. Es waren in der Regel ganz einfache Leute – Arbeiter oder kleine Angestellte –, die inzwischen Rentner geworden waren. Viele von ihnen konnten nun mit der gewandelten SPD, wie sie ihnen nach der Wiedervereinigung entgegentrat, nicht viel anfangen.

## 2. *Quellen und Forschungsstand*

Die wissenschaftliche Erforschung der Ostberliner Sozialdemokratie steht seit der Öffnung der Archive der ehemaligen DDR auf einer gänzlich veränderten Basis. Dies heißt nicht, daß die ältere Literatur wertlos gewesen wäre. Erwähnenswert bleibt vor allem ein von Manfred Rexin herausgegebenes Heft der Schriftenreihe des Franz-Neumann-Archivs, das Beiträge von Manfred Rexin, Siegfried Heimann und Horst Koffke enthält.<sup>3</sup> Hinzu kommen verschiedene Erlebnisberichten und Erinnerungen. Im Franz-Neumann-Archiv befinden sich Tonbandaufzeichnungen mit Erinnerungen von Zeitzeugen. In der wissenschaftlichen Forschung hat die Thematik nur eine untergeordnete Rolle gespielt, obwohl sich beträchtliche Archivbestände in Westberlin befanden.<sup>4</sup>

Insbesondere im Franz-Neumann-Archiv lagerte ein Teil des Organisationsmaterials der Ostberliner Kreisverbände. Hinzu kommen die Unterlagen des Landesverbandes der SPD von Berlin und Materialien der Bundespartei. Die Akten des Ostbüros, die sich im Archiv für Soziale Demokratie in Bonn befinden sind aufgrund datenrechtlicher Einschränkungen nur bedingt einsehbar.<sup>5</sup>

Der größere Teil der Organisationsmaterialien der Ostberliner Kreisverbände befindet sich heute in der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisation der DDR (SAPMO). Es handelt sich dabei um eine unselbständige Stiftung unter der Obhut des Bundesarchivs. Es handelt sich dabei um die im Bezirksparteiarchiv (BPA) archivierten Bestände der Berliner Bezirksparteiorganisation der SED, die bereits vor 1989 faktisch in das Zentrale Parteiarchiv (ZPA) integriert waren, das organisatorisch dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED unterstand und in dessen Gebäude deponiert waren. Seit 1990 bis zur Übernahme durch die neugegründete

3 Rexin, Manfred: Die SPD in Ost-Berlin 1946–1961 (= Schriftenreihe des Franz-Neumann-Archivs Berlin. 5), 2. Aufl. Berlin 1989.

4 Richard L. Merrit/Ronald A. Francisco: Die Symbolpartei in der Ost-West-Auseinandersetzung. Die Sozialdemokratie in Berlin 1945 bis 1961, in: Politische Vierteljahresschrift 13 (1972), S. 311–334.

5 Vgl. Bulthaupt

Stiftung im Jahre 1993 nannte sich die Einrichtung Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung.

Auf welchem Wege die Unterlagen der SPD in das Archiv der Bezirksleitung der SED gerieten, wird aus den vorliegenden archivalischen Hilfsmitteln nicht deutlich. Es ist anzunehmen, daß die Bestände im August 1961 nach Schließung der Kreisbüros der SPD bei der SED eingelagert wurden. Bis 1990 war die wissenschaftliche Benutzung der Bestände nur ausgewählten DDR-Historikern möglich. Soweit dies aus den Benutzerblättern hervorgeht beschränkte sich die Benutzung vorwiegend auf die Zeit der Fusion von KPD und SPD, also bis zum April 1946.

Die Teilung der Akten der SPD-Kreisorganisationen von Ostberlin bedarf noch bestandsgeschichtlicher Recherchen. Bereits am 14. Oktober 1950 wurde vom Landesausschuß der SPD ein Beschluß des Landesvorstand bestätigt, der besagt, daß aufgrund der „Übergriffe der Volkspolizei in Geschäftstellen der SPD des Ostsektors“ die „Unterlagen der Kreisorganisationen des Ostsektors in der Zentrale“ zu verwalten sind.<sup>6</sup> Offenbar wurde dieser Beschluß in den folgenden Jahren nicht konsequent eingehalten. Ob er formell modifiziert wurde, ist vorläufig unklar. Gelegentlich enthalten Schreiben an die Kreisorganisationen Ostberlins den Vermerk „über Postfach Zietenstraße“. Ansonsten wurde der Schriftverkehr über die Ostberliner Kreisbüros abgewickelt.

Neben den Materialien der SPD-Kreisorganisationen von Ostberlin befinden sich im SED-Archiv noch umfangreiche Bestände über die SPD in ihrer Gesamtheit, über Beziehungen zwischen der SED und der SPD sowie über die diversen Versuche der Beeinflussung und Infiltration. Die Ostberliner Sozialdemokraten spielen hierbei in der Regel nur eine Nebenrolle. Teilweise handelt es sich dabei um allgemein zugängliche Materialien der SPD, einschließlich der Flugschriften, Zeitschriften, Zeitungsausschnitte. Hinzu kommen interne Verbandsmaterialien, die offenbar durch Mittelsmänner der SED zugänglich gemacht wurden.

Es lag in der Logik des Überwachungsstaates DDR, daß die SPD-Organisation sehr intensiv vom Ministerium für Staatssicherheit observiert wurde. Die Unterlagen über die Bespitzelung und Verfolgung von Sozialdemokraten befinden sich heute im Archiv des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (BUST). Soweit es sich dabei um Personenakten handelt, können diese Materialien aufgrund des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) vom 20.12.1991 nur mit Einwilligung der Betroffenen bzw. derer Erben eingesehen werden.

Andere Materialien haben einen übergreifenden politischen Charakter und berühren Belange des Personen- und Datenschutzes nicht.

6 SAPMO, BPA II/A/4/102, Schreiben SPD-Landesvorstand Groß-Berlin an SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 14.10.1950.

Praktisch überschneiden sich in den Stasi-Akten die Sachbereiche „Kampf gegen Sozialdemokratismus“, „Reformismus“, „Entlarvung der Agenten des Ostbüros“ oder „Schuhmacher-Agenten“ sehr stark. Überall witterten die Sicherheitsorgane der SBZ und der DDR die lange Hand illegaler und geheimdienstlich gesteuerter sozialdemokratischer Organisationen. Inwieweit es sich dabei um politische Hysterie bzw. um geplante Verfolgungskampagnen gegen oppositionell eingestellte Bürger handelt, oder inwieweit es sich wirklich um Versuche illegaler sozialdemokratischer Arbeit gehandelt hat, ist oft kaum zu trennen. Die Observation tatsächlicher oder vermeintlicher Anhänger der SPD vollzog sich im Rahmen einer allgemeiner Sicherheitsneurose. Die SPD und insbesondere das Ostbüro war einer der Gegner, die stark mystifiziert und damit in ihrer praktischen Einflußmöglichkeit auch überschätzt wurden.

Dies ändert nichts daran, daß die Akten im Detail sehr aussagekräftig sind. Es ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den Unterlagen des MfS dem Wesen nach um Polizeiakten handelt. Es geht in ihnen um die geheimpolizeiliche und strafrechtliche Ermittlung gegen Personen oder Personengruppen, die sich im Sinne des politischen Strafrechts der DDR verdächtig gemacht hatten. Dies erfordert bei aller ideologisch bedingten Verzerrung der Realität Genauigkeit und Korrektheit im ermittlungstechnischen Detail.

Neben den Akten des MfS sind es vor allem die Gerichtsakten, die Auskunft geben können über Widerstand, Opposition und Unterdrückung in der DDR. Alle Akten über politische Prozesse lagerten entgegen den geltenden Bestimmungen der DDR bekanntlich im Archiv des MfS. Im Zuge der Auflösung des MfS-Apparates wurde Anfang 1990 von der Generalstaatsanwaltschaft der DDR die Rückführung dieser Unterlagen gefordert, um Rehabilitations- und Kassationsanträge bearbeiten zu können, sowie die laufenden Verfahren gegen die Mitglieder der SED-Führung einleiten zu können. Die Rückführung dieser Akten wurde damals vom Runden Tisch beschlossen, sie wurde aber nicht konsequent durchgeführt. Für die Forschungsarbeit ergibt sich daraus eine unübersichtliche Situation. Teilweise befinden sich Duplikate von Justizakten in den Beständen der SED-Archive, insbesondere im Bestand der Abteilung Staat und Recht des Zentralkomitees der SED.

Für die Geschichte der Sozialdemokratie in der DDR sind beispielsweise die Unterlagen der Rehabilitierungskommission von Interesse, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU im März 1956 ins beim ZK der SED ins Leben gerufen wurde und sich u. a. auch mit der Haftentlassung verurteilter SPD-Mitglieder beschäftigte.

Wesentliche Bestände befinden sich außerdem unter den Akten des Ministerium für Justiz der DDR, die sich im Bundesarchiv Potsdam befinden. Es handelt sich hierbei aber nicht um vollständige Prozeßakten sondern meist um Berichte, Analysen, Informationen, Auswertungen und Anweisungen. Diese Materialien sind oft sehr unsystematisch abgelegt worden, so daß eine gezielte

Forschung über die politische Strafjustiz der DDR sehr schwierig ist. Hinzu kommt, daß nach der geltenden Interpretation der Strafprozeßordnung der Bundesrepublik nur zugelassenen Anwälte, nicht aber Wissenschaftler Zugang zu den Strafakten haben. Selbst Betroffen haben nur indirekten Zugang zu ihren eigenen Akten.

Insgesamt ist festzustellen, daß auch nach Abschluß der vorliegenden Expertise sowie der parallel erstellten Expertise von Siegfried Heimann die Forschung zu dem hier untersuchten Thema immer noch ganz am Anfang steht. Nach den bisherigen Erfahrungen im Archiv der Staatssicherheit ist damit zu rechnen, daß immer neue Aktenvorgänge unterschiedlichen Charakters auftauchen werden. Hinzu kommen die erwähnten Justizakten.

Eine weitere Forschungsaufgabe bleibt die systematische Befragung von Zeitzeugen, die Sammlung von Materialien, die sich noch in Privathand befinden u. a.m.

Die parallel erstellte Expertise zum gleichen Thema von Siegfried Heimann ist in enger Abstimmung zur vorliegenden Arbeit entstanden. Während sich Heimann vor allem auf die Akten stützte die sich im Franz-Neumann-Archiv und im Archiv der Historischen Kommission von Berlin-Brandenburg befinden, basiert die vorliegende Untersuchung ausschließlich auf den Materialien aus den Archiven der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Im weiteren Forschungsprozeß ist es geplant die Unterlagen und die Forschungsergebnisse zusammenzuführen.

### 3. *Die Entwicklung der Berliner SPD von 1945 bis 1961*

Nach der Katastrophe von 1945 ruhten in Deutschland viele Hoffnungen auf der Sozialdemokratie. In allen vier Zonen wurde die SPD wieder zugelassen und erhielt einen gewaltigen Zulauf. Gegen Ende des Jahres 1945 änderte die SED ihre anfängliche Politik der Abgrenzung, verkündete die Einheit der Arbeiterklasse und betrieb mit Hilfe der Besatzungsmacht energisch und zielstrebig die Vereinigung von KPD und SPD. Lediglich in den Westsektoren von Berlin bestand die Möglichkeit einer parteiinternen Abstimmung. Die Urabstimmung am 31. März 1946 endete mit einem eindeutigen Votum für die Selbständigkeit der SPD. Auf die Frage: „Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?“ antworteten 82,3 Prozent der Teilnehmer der Abstimmung mit „nein“ und lediglich 12,3 Prozent mit „ja“.<sup>7</sup>

Nach der Urabstimmung vom 31. März, deren Durchführung im sowjetischen Sektor von der Besatzungsmacht verhindert wurde, und der trotz der Ablehnung

<sup>7</sup> Schlegelmilch, Arthur: Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945–1949 (= Schriften der Historischen Kommission zu Berlin. 4), Berlin 1993, S. 201 ff., dort auch die ältere Literatur.

einer großen Mehrheit der SPD-Mitglieder vollzogenen Vereinigung von KPD und SPD, gab es in Ostteil von Berlin zunächst große Verwirrung. Erst ein Befehl der Alliierten Kommandantur vom 31. Mai 1946 schuf Klarheit. In diesem Befehl wurde innerhalb der Stadtgrenzen von Groß-Berlin sowohl die SED als auch die SPD zugelassen wurden.

Bei den ersten und einzigen demokratischen Wahlen, denen sich die SED in ihrer Geschichte stellte, erlebte die Sozialdemokratie einen Triumph. Insgesamt erreichte sie mit 48,7 Prozent der Stimmen fast die absolute Mehrheit. In den acht Ostberliner Stadtbezirken waren die Ergebnisse etwas niedriger. Aber auch dort war sie überall die stärkste Partei und stellte damit alle Bezirksbürgermeister und eine große Zahl von Stadträten.

Im sowjetischen Sektor stimmten 43,6 Prozent der Wähler für die SPD, für die SED lediglich 29,9 Prozent. Am höchsten war die Zustimmung im Stadtbezirk Mitte mit 47,7 Prozent, es folgten der Prenzlauer Berg mit 45,3 Prozent, Friedrichshain mit 46,1 Prozent, Lichtenberg mit 43,3 Prozent und Pankow mit 42,4 Prozent, in Weißensee erhielt die SPD 40,9 Prozent und in der traditionell eher bürgerlichen Wohngegend Köpenick 38,0 Prozent. Ganz deutlich ist der Unterschied zwischen den eher proletarischen Wohnvierteln im Stadtzentrum und den den „besseren Wohngegenden“ am Stadtrand, wo die CDU und die LDP ihre Hochburgen hatten.

Zunächst akzeptierten die sowjetische Besatzungsmacht und die SED notgedrungen die starke Präsenz der SPD in der Verwaltung des Ostsektors. Doch spätestens seit 1948 setzte 1948 eine restriktive Politik ein. Mit der fortschreitenden Teilung der Stadt und ihrer Institutionen wurden Sozialdemokraten aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Hier taten sich insbesondere die sowjetischen Instanzen hervor, die rücksichtslos von ihren Rechten als Siegermacht Gebrauch machten. Bereits im Oktober 1947 wurde Wilhelm Mardus wegen Sabotage bei der Holzbeschaffung von seinem Amt als Bezirksbürgermeister von Friedrichshain abgelöst. Es folgte Ella Kay, die Chefin des Bezirksamtes Prenzlauer Berg.<sup>8</sup> Ihr folgte der Sozialdemokrat Kurt Exner im Amt, der jedoch im November 1948 aus Protest gegen die Bildung eines Ostberliner Magistrats unter Friedrich Ebert zurücktrat. Im März 1949 wurde Kurt Exner von der sowjetischen Militäradministration aus dem Ostsektor ausgewiesen.<sup>9</sup>

Im Jahre 1948 begann die Säuberung der Ostberliner Verwaltung von Sozialdemokraten. Insgesamt vielen etwa 2000 Personen dieser Entlassungswelle zum Opfer.<sup>10</sup>

Trotzdem war der Unterschied zu der Sowjetzone bzw. DDR sehr groß. Dort wo die Besatzungsmacht und die SED-Behörden keine Rücksicht auf die Westalliierten zu nehmen brauchten, wurden SPD-Mitglieder und Sympathisanten

8 Interview im FNA, vgl. Rexin a.a.O., S. 10.

9 Interview mit Kurt Exner im FNA, vgl. Rexin a.a.O., S. 11.

10 SPD-Jahresbericht 1956, S. 24 f.

rücksichtslos verfolgt. Viele von ihnen wurden vom NKWD unter unglaublichen Bedingungen gefangen gehalten, in Internierungslagern festgehalten oder in die Sowjetunion verschleppt. Nach dem 17. Juni 1953 setzte erneut eine Verfolgungskampagne ein, die sich auch gegen ehemalige Sozialdemokraten in den Reihen der SED richtete. Das Ostbüro der SPD wurde für die Streiks und Unruhen im Juni und Juli 1953 verantwortlich gemacht. Der Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ glich damals einem politischen Todesurteil. In der Regel hatte dies massive berufliche Nachteile zur Folge, oft auch strafrechtliche Konsequenzen. In Wahrheit konnte keine Rede davon sein, daß die SPD den Aufstand der Bevölkerung gegen das SED-Regime organisiert hätte. Aus den Akten geht eindeutig hervor, daß z. B. der Landesvorstand der SPD von Berlin von den Ereignissen vollkommen überrascht war. Allerdings gab es keinen Zweifel an der grundsätzlichen Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern im Ostsektor und der Sowjetzone. Andererseits wollte man alles vermeiden, das wie ein Aufruf zu Gewaltaktionen ausgesehen hätte. Am 16. Juni beschloß der Landesvorstand in einer außerordentlichen Sitzung zu „den jüngsten Vorgängen in Ostberlin, . . . mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Freiheitskampf der unterdrückten Mitbürger im Osten auch in seiner neuen Phase zu unterstützen.“<sup>11</sup> Für den 17. Juni um 18.00 Uhr wurde zu einer Demonstration auf dem Oranienplatz in Kreuzberg aufgerufen. Der Oranienplatz lag im Amerikanischen Sektor nahe der Sektorengrenze. Auf der Veranstaltung sollten für die SPD Joachim Lipschitz und für die Berliner Gewerkschaften Ernst Scharnowski sprechen. Am 17. Juni wurde gegen 9.00 Uhr eine Lautsprechermeldung verbreitet, in der es hieß: „Wir bewundern den Kampfesmut unserer Landsleute und rufen aller Berlinerinnen und Berliner auf, helft ihnen in ihrem Kampf um Recht und Freiheit, zeigt Euch mit ihnen solidarisch. Heraus auf die Straßen.“<sup>12</sup> Im Verlaufe des 17. Juni rief auch die SPD in Berlin die Bevölkerung des Ostsektors zur Mäßigung und Zurückhaltung auf und warnte insbesondere vor Provokateuren der SED, die zu antisowjetischen Handlungen aufriefen. In einem weiteren, ab 15.00 Uhr verbreiteten Aufruf heißt es dann ganz eindeutig: „Die sowjetische Besatzungsmacht hat den Ausnahmezustand verhängt. Ihr habt einen Sieg errungen. Jetzt sind Eure Kampfmittel begrenzt. Beachtet die Anordnungen der Besatzungsmacht! Setzt Eure Forderungen in den Betrieben durch.“<sup>13</sup> Trotzdem wurde die Veranstaltung auf dem Oranienplatz durchgeführt. Vor einer riesigen Menschenmenge unter der sich auch viele Ostberliner befanden sprachen Otto Suhr, Scharnowski und Lipschitz. Immerhin war es die einzige Solidaritätsveranstaltung, die in diesen Tagen im Westen durchgeführt wurde. In den internen Berichten der westlichen Stadtkommandanten ist die

11 SAPMO, BPA II/A/1/0053, Presseverlautbarung des SPD-Landesvorstandes Berlin vom 16.6.1953.

12 Ebd., Presseverlautbarung, Lautsprecherwagen vom 17.6.1953.

13 Ebd., Presseverlautbarung 17.6.1953.

Verärgerung über diesen Alleingang deutlich zu spüren. Allerdings nahm man davon Abstand, die SPD formell zu rügen. „... ich würde nicht empfehlen, daß die Hochkommission offiziell bei der SPD vorstellig wird“, schreibt der britische Stadtkommandant an seinen Außenminister, „inoffiziell könnte jedoch durchaus erwähnt werden, daß uns die unverantwortliche Haltung der Partei sehr überrascht hat.“<sup>14</sup> Am Morgen des 18. Juni tagte ab 9.00 Uhr der Landesausschuß der Berliner SPD und versuchte sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen. An der Sitzung nahmen Erich Ollenhauer, Carlo Schmidt, Herbert Wehner und Willy Brandt teil. Das überlieferte Protokoll dokumentiert eine gewisse Hilflosigkeit angesichts der Lage.<sup>15</sup> Alle Beteiligten waren sich darüber im klaren, daß die Möglichkeiten, vom Westen aus auf die Ereignisse einzuwirken, gering waren.

Unter dem Eindruck des XX. Parteitages der KPdSU und der brisanten Situation in Polen und Ungarn wurden seit Anfang Mai 1956 einige tausend politische Häftlinge entlassen, darunter befanden sich viele Sozialdemokraten. Die folgenden Friedenskampagnen der Sowjetunion veranlaßte auch die SED-Führung, sich gegenüber der SPD weniger repressiv zu verhalten. Auf der einen Seite versuchte man sie in den „Friedenskampf“ zu integrieren, auf der anderen Seite betrieb die SED gegenüber der SPD-Organisation in Berlin eine Politik der kleinen Nadelstiche. Sozialdemokraten unterlagen im Alltag vielfältigen Benachteiligungen. Eine Reihe von SPD-Mitgliedern wich dem aus, indem sie in Westberlin Arbeit fand und ihre Kinder im Westteil der Stadt zur Schule gingen. Insgesamt zeigte sich in den Reihen der Ost-SPD ein gewisser Überalterungsprozeß. Für jüngere, im Berufsalltag stehende Personen, war es sehr schwer in Ostberlin zu leben. Es gab mehrere Wellen von Hetzkampagnen, Verfolgungen und Entlassungen aus volkseigenen Betrieben.

Viele SPD-Mitglieder resignierten und versuchten im Westen ein neues Leben zu beginnen. Dieser Prozeß wurde von der SPD keineswegs gefördert. Nur bei einer nachweislichen Gefahr, von den Russen oder später vom MfS verhaftet zu werden, unterstützte die SPD die Übersiedlung ihrer Mitglieder in den Westen. Durch die Möglichkeit ein Anerkennungsverfahren als politischer Flüchtling positiv oder negativ zu beeinflussen hatte die Kreisorganisation Ostberlins ein gewisses Druckmittel in der Hand.

Insgesamt blieb die Mitgliederzahl angesichts der ständig wachsenden politischen Repression erstaunlich stabil.<sup>16</sup>

14 Telegramm des britischen Stadtkommandanten von Berlin an das Außenministerium in London vom 18.6.1953, in: Gerhard Beier: Wir wollen freie Menschen sein, Büchergilde Gutenberg Frankfurt a.M./Wien 1993, S. 122.

15 SAPMO, BPA II/A/1/053, Protokoll Landesausschuß der SPD-Berlin vom 18.6.1953.

16 Vgl. die Angaben bei Rexin a.a.O. und Siegfried Heimann, zu den Zahlenmaterialien in den SED- und MfS-Akten gibt es gewisse Differenzen, obwohl diese im wesentlichen auch auf den offiziellen statistischen Angaben des Landesvorstandes Berlin beruhen.

Es gab noch einen weiteren Grund für die SED, die Existenz der SPD in einem Teil ihres Machtbereichs zu dulden. Ein Verbot der SPD in Ostberlin hätte fast zwangsläufig ein gleichartiges Verbot der SED in Westberlin zur Folge gehabt. Es soll nicht vergessen werden, daß seit 1956 die KPD in der Bundesrepublik verboten war und illegale Aktivitäten für diese Partei strafrechtliche Konsequenzen nach sich zog. Die SED hätte natürlich auf ihre „fünfte Kolonne“ in Westberlin, auf die sie stets übertriebene Hoffnungen setzte, ungerne verzichtet.

Auf der anderen Seite hatte aber auch im Westen niemand ein Interesse diesen Vorteil auszureizen. Die gegenüber jeglicher Opposition stets überempfindliche SED-Führung sollte auf keinen Fall zu Gegenmaßnahmen provoziert werden.

So war es dann auch im August nicht die DDR-Behörden, welche die SPD in Ostberlin verboten haben, sondern es war die Berliner Landesvorstand der SPD, der die Parteiorganisation in den acht Stadtbezirken auflöste.

#### 4. *Die Wiedermulassung der Sozialdemokratie im sowjetischen Sektor und der Beginn des Aufbaus der SPD-Organisation*

Am 31. Mai 1946 unterzeichneten im Auftrag der „Alliierten Kommandatura (sic) von Berlin“ Major D.H. Whyte und Oberstleutnant G.T.N. Reddaway als Vorsitzführender Stabschef den Befehl über die „Anerkennung des SPD-Stadtausschusses und der SEPD (sic) in Berlin“, wie es in der deutschen Übersetzung des Schriftstücks heißt.<sup>17</sup> Dieses Aktenstück ist sozusagen die Geburtsurkunde der Ostberliner SPD-Organisation nach der Zwangsvereinigung und es diente bis zum August 1961 gleichzeitig das Schutzschild gegen alle Angriffe der Ost-Behörden.<sup>18</sup>

Die deutsche Übersetzung des alliierten Befehls wurde an den Oberbürgermeister von Groß-Berlin und an die betroffenen Parteiorganisationen geschickt. Das an die SPD gesandte maschinenschriftliche Exemplar befindet sich heute in den Archivbeständen der Berliner Bezirksparteileitung (BPA/SAPMO).<sup>19</sup> Es

17 Der Begriff „Kommandatura“ ist eine Hybridbildung aus dem russischen „Komendatura“ und deutsch „Kommandantur“ und taucht in den deutschsprachigen Dokumenten der Zeit in unterschiedlicher Schreibweise auf; die Abkürzung SEPD für „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ ist in dieser Form auch 1946 unüblich. Im übrigen sei auf die im Anhang befindlichen „Grundsätze der Zitierweise von Dokumenten“ verwiesen.

18 Berlin, Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. v. Hans J. Reichhardt, Hanns U. Treutler, Albrecht Lampe, Landesarchiv Berlin, Abt. Zeitgeschichte, 2 Halbbde., Berlin 1964, 1. Halbbd., Nr. 538, S. 895 f.

19 SAPMO, BPA II/A/4/103; dass. auch im Bestand BPA II/A/4/102.

ist „z.Hd. Herrn Kurt Germer“ adressiert, womit Karl Germer gemeint war.<sup>20</sup> Das Dokument enthält vier Punkte:

1. „Die Alliierte Kommandatura gestattet der SPD in Berlin z.Zt. unter der in ihrem Brief v. 8. April 1946 angegebenen Leitung die Ausübung ihrer Tätigkeit innerhalb der Stadtgrenzen von Groß-Berlin.“:
2. Die Alliierte Kommandatura erteilt eine ähnliche Genehmigung an die SEDP in Berlin.
3. Den Sozialdemokraten, welche sich entweder der SEDP oder der SPD anschließen wollen, sind keine Hindernisse in den Weg zu legen.
4. Die Alliierte Kommandatura wird darauf sehen, daß in jedem Verwaltungsbezirk Berlins beiden Parteien Büroräumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.“<sup>21</sup>

Der letzte Satz hatte unter den Bedingungen der zerstörten, mit ausgebombten Familien und Flüchtlingen überschwemmten Stadt, eine eminent praktische Bedeutung. Hinzu kam, daß die Vereinigung stillschweigend davon ausgegangen war, daß die neugebildete SED Rechtsnachfolger auch der nun inkorporierten SPD sei. Dies hieß praktisch, daß die SPD-Mitglieder, sie sich der Vereinigung nicht angeschlossen hatten, nun vor verschlossenen Türen standen. Sie verfügten nicht über die primitivsten Voraussetzungen für eine Organisationsarbeit, über keine Schreibmaschine, kein Papier, keine Stempel usw. Auf Befehl der Besatzungsmacht wurde der SPD von den deutschen Behörden Büros zur Verfügung gestellt.

Kreis 1: Mitte – Friedrichstraße 167 (1. Etage)

Kreis 4: Prenzlauer Berg – Prenzlauer Allee 57

Kreis 5: Friedrichshain – Krossener Straße 22

Kreis 6: Pankow – Wisbyer Straße 44

Kreis 15: Treptow – Köpenicker Landstraße 256

Kreis 16: Köpenick – Freiheit 12 b (später Rudower Straße 34)

Kreis 17: Lichtenberg – Gudrunstraße 10

Kreis 18: Weißensee – Caseler Staße. 2

Beispielsweise für Weißensee haben sich die Einweisung und der Mietvertrag erhalten. Am 7. Januar 1947 wird der SPD vom Bezirksamt Berlin-Weißensee mitgeteilt, daß Gewerberaum beschlagnahmt worden sei und eine vorübergehende Einweisung erfolgt.

<sup>20</sup> Ebd.; vgl. Germer, Karl J.: Von Grotewohl bis Brandt. Ein dokumentarischer Bericht über die SPD in den ersten Nachkriegsjahren, Landshut 1974.

<sup>21</sup> Ebd.

## 5. *Das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik*

Für alle wesentlichen Entscheidungen war im Ostsektor von Berlin bis zu Beginn der fünfziger Jahre die sowjetische Besatzungsmacht zuständig. In jedem der acht Ostberliner Stadtbezirke gab es eine sowjetische Militärkommandantur, in der Offiziere der Roten Armee die Entscheidungen trafen. Die Tätigkeit der politischen Parteien und Organisationen unterlag der strengen Kontrolle durch die Besatzungsmacht. Es liegt auf der Hand, daß diese Kontrollfunktion im Falle der SPD besonders aufmerksam wahrgenommen wurde. Auf der anderen Seite war das Besatzungsstatut der einzige Schutz für die Existenz der SPD. Insofern vermied die SPD in ihrem öffentlichen Auftreten alles, was ihr als Kritik an der Besatzungsmacht oder an den inneren Zuständen in der Sowjetunion hätte ausgelegt werden können. Die Tatsache, daß die West-SPD in ihrer Ablehnung des sowjetischen Gesellschaftsmodells sehr deutlich war, stellte die Funktionsträger der Ostberliner Bezirke oft vor erhebliche Probleme. Im SED-Archiv hat sich ein umfangreiches Aktenkonvolut des SPD-Kreises Weißensee erhalten, daß die komplizierte Beziehung zur sowjetischen Besatzungsmacht im politischen Alltag illustriert.

So heißt es in einem parteiintern Bericht der SPD über eine Abteilungsverammlung vom 23. Juli 1947: „Genosse Reimann eröffnete die relativ gut besuchte Versammlung um 19.30 Uhr. Im Anschluß an die Begrüßung . . . hielt Genosse R. ein kurzes Referat, in dem er energisch gegen die Beschuldigung der Rußlandhetze seitens der S.P.D. Stellung nahm. Genosse R. kennzeichnete diese üblen Machenschaften als Zweckmanöver und betonte ausdrücklich, daß unsere Forderung: Ablehnung jeder anderen als der demokratischen Staatsform für Deutschland, absolut keinen Affront gegen die Sowjet Union bedeute und daß wir rücksichtslos jeden aus unseren Reihen entfernen würden, der sich der Hetze gegen Rußland schuldig machen würde.“<sup>22</sup>

Jedes Plakat und jede Veranstaltung unterlag der Genehmigung durch den sowjetischen Militärkommandanten. So wurde bereits der Entwurf für eine Ankündigung der ersten Veranstaltung der SPD in Weißensee, die für den 23. Juli 1946 geplant war, von der Besatzungsbehörde abgelehnt. Möglicherweise hat der Militärkommandant Anstoß an der Bemerkung genommen: „Ihr wart der Arbeiterbewegung langjährig treu ergeben, helft uns mit, unsere alte Sozialdemokratische Partei wieder aufzubauen, und sie zur politischen Heimat aller werktätigen Menschen zu gestalten“. Darunter steht in altertümlicher deutscher Handschrift: „abgelehnt von der Central-Kommandantur“.<sup>23</sup> Seit Anfang 1947 hatte sich das Genehmigungsverfahren offenbar eingespielt. Auf Kopfbogen und mit einem Stempel der Kreisorganisation versehen beantragte

22 SAPMO, BPA II/A/4–106.

23 SAPMO, BPA II/A/4–103.

der Kreissekretär die Veranstaltung unter Nennung der Art der Veranstaltung, der voraussichtlichen Zahl der Teilnehmer, der Uhrzeit wann die Veranstaltung beginnen und enden sollte. Bei Kulturprogrammen mußte jede einzelne Nummer aufgeführt werden. Auf diese Schreiben wurde ein deutschsprachiger Stempel mit dem Text „Genehmigt Militär-Kommandantur Weißensee“ sowie Datum und Paraphe des zuständigen Offiziers gesetzt.

Dieses Quellenmaterial versetzt uns heute in die Lage auch die kleinen Details des Organisationslebens der Nachkriegsjahre nachvollziehen zu können.

Auch in verschiedenen anderen Fragen hatte sich die SPD an den Militärkommandanten zu wenden. Im Oktober 1947 wandte sich die Kreisorganisation an die Besatzungsbehörde mit der Bitte um Papierzuteilung. In dem Schreiben heißt es: „Die SPD Weißensee versuchte über ihren Landesverband eine Papierzuteilung über den Magistrat zu erhalten. Diese Magistratzuteilung konnte für unseren Kreis nicht stattfinden, deshalb bitten wir die Kommandantur ein Kontingent Schreibmaschinenpapier und ein Kontingent Abzugspapier zuzuteilen.“<sup>24</sup> Darunter steht der handschriftliche Hinweis: „abgelehnt“.

Gelegentlich wurden die Funktionäre der SPD-Kreisorganisation zu Gesprächen in die sowjetische Kommandantur vorgeladen. Über diese Gespräche wurden anschließend Protokollnotizen gefertigt, die sich ebenfalls in den Akten finden.

Am 19. April 1948 wurden die SPD-Funktionäre Lange, Lisowski und Miessner zur sowjetischen Kommandantur befohlen und dort von einem Oberstleutnant Krennow empfangen.<sup>25</sup> Sie wurden mit dem Vorwurf konfrontiert, „... die SPD würde sich ... nur in antisowjetischer Hetze betätigen. ... Es wurde weiter beanstandet, daß in unserem Bezirk verbotenes Flugblattmaterial der SPD verteilt würde.“ Es folgte die Drohung, „Der Kreisvorstand wird in Zukunft dafür verantwortlich gemacht werden.“ Die Bitte um Genehmigung einer Maifeier wurde abschlägig beantwortet, dann wurden die SPD-Funktionäre verabschiedet.<sup>26</sup> Ähnlich verliefen auch andere Gespräche in der sowjetischen Kommandantur. Am 16. Februar 1949 wurde wiederum Genosse Miessner vorgeladen und nach dem Verlauf der Delegiertenkonferenz der SPD befragt. Der sowjetische Offizier, ein Oberleutnant Pedrow, meinte: „... die Delegiertenkonferenz sei antisowjetisch gewesen. Er hätte den Besuch von vielen Sozialdemokraten gehabt, die mit der Delegiertenkonferenz unzufrieden gewesen seien. ... Außerdem sei wenig Disziplin in der Partei. ... Auf die Entgegnung unseres Gen. Miessner, daß doch kein antisowjetisches Wort gefallen

24 Ebd.

25 SAPMO, BPA II/A/4–103, Protokollnotiz Lange, Lisowski, Miessner (SPD-Kreisverband Berlin-Weißensee vom 22. April 1948).

26 Ebd.

sei, meinte Pedrow: 'Das stimmt. Aber die Redner haben sich so ausgedrückt, daß die Genossen im Saal wußten, es ist antisowjetisch gemeint.'<sup>27</sup>

Bereits die sowjetische Besatzungsmacht trieb, ähnlich wie später die SED, eine Politik kleinlicher Schikanen. Ziel dieser Maßnahmen war es, die SPD, wenn man sie schon nicht verbieten konnte, wenigstens in ihrer praktischen Arbeit zu behindern.

Im Februar 1948 wurde auf einer SPD-Kreisvorstandssitzung in Friedrichshain im Lokal Walle unter dem Vorsitz des Kreisvorsitzenden Neubauer das Verhältnis zur Besatzungsmacht ausführlich besprochen.<sup>28</sup> Insbesondere wurde gegen die Anwesenheit eines Vertreters der sowjetischen Kommandantur auf jeder Veranstaltung protestiert. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit diesem Protest einverstanden. Weiter wurde berichtet, Genosse Scharnowski hätte in der Betriebsgruppe des Bezirksamtes Friedrichshain ein Referat über Gewerkschaftsfragen gehalten. Daraufhin wurde er einen Tag später zum Kommandanten bestellt. Laut Protokoll berichte Scharnowski über diesen Besuch: „... mir wurde gesagt, daß das Referat nicht dazu angetan sei, die Zusammenarbeit zwischen SPD und Kommandantur zu fördern, außerdem waren in dem Referat Angriffe gegen die Besatzungsmacht enthalten. Wir bekamen Versammlungsverbot. Einen Tag später wurde nach Rücksprache mit dem selben Offizier dieses Verbot aufgehoben, aber es wurde eine Einschränkung gemacht, das Referenten anderer Kreise in unserem Kreis nicht mehr sprechen dürfen. Dieses wurde aber später wieder revidiert. Man gestand uns die Referenten anderer Kreise wieder zu, diesselben sollen sich aber auf der Kommandantur vorstellen und ihr Referat umreißen. ... Wir hatten eine stundenlange Unterredung, die folgendes ergab. Es ist erlaubt, Referenten aus anderen Kreisen sprechen zu lassen. Es müssen aber vorher Redeexposés eingereicht werden und innerhalb 24 Stunden müssen die Protokolle auf der Kommandantur sein.“

Die Durchschriften dieser Protokolle befinden sich heute teilweise in den Beständen des ehemaligen Parteiarchivs der SED und geben einen hervorragenden Einblick in die Themen, die auf den SPD-Versammlungen der Jahre bis 1949 beraten wurden.

Am 24. Mai 1949 ordnete die Kommandantur Weißensee an, daß an jedem Tag nur eine Veranstaltung der SPD durchgeführt werden dürfe.<sup>29</sup> Als Begründung wurde angeführt, daß nur so „... eine genaue Überprüfung der SPD-Versammlungen möglich ist.“<sup>30</sup> In der entsprechenden Aktennotiz des SPD-Kreisvorstandes ist ausdrücklich darauf verwiesen, daß „allen anderen

27 Ebd., Aktennotiz Miesner (SPD-Kreisverband Weißensee) vom 16. Februar 1949.

28 SAPMO, BPA II/A/4/086, Bericht über SPD-Kreisvorstandssitzung Berlin-Friedrichshain vom 23.2.1948.

29 SAPMO, BPA II/A/4/110, Aktennotiz SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 24.6.1949.

30 Ebd.

Parteien und Organisationen . . . diese Beschränkung nicht auferlegt“ wurde.<sup>31</sup> Außerdem wurde von der Besatzungsmacht verfügt, daß alle Kulturveranstaltungen der Genehmigung des Amtes für Kunst bedürften. Dieses Amt wurde von einem SED-Funktionär geleitet.<sup>32</sup>

Im Oktober 1949 endete formal die Verantwortung der sowjetischen Dienststellen für das Vereinswesen in Berlin. In einer Protokollnotiz vom 18. Oktober wird folgende Äußerung des sowjetischen Oberleutnant Tusow niedergelegt: „Ab sofort hat die Kommandantur mit Genehmigungen irgendwelcher Art nichts mehr zu tun. Gehen Sie zu ihrer Polizeiinspektion.“ Auf die Frage des Genossen Miessner „. . . ob Rückfragen bei der Kommandantur überhaupt nicht mehr notwendig sind, wurde ihm erklärt: 'Wenn Sie irgendwelche Sorgen haben, können Sie jederzeit kommen. Aber mit Genehmigungen müssen Sie zur deutschen Polizei.'<sup>33</sup>

## 6. Die SED und die Ostberliner Sozialdemokraten

Das Verhältnis der SED gegenüber der Sozialdemokratie ist außerordentlich vielschichtig und kompliziert gewesen. Es schwankte in den Jahren von 1946 und 1989 zwischen haßerfüllter Feindschaft und der Illusion es könne gelingen, wenigstens einen Teil der sozialdemokratischen Mitgliederschaft politisch zu instrumentalisieren. In den fünfziger Jahren war es vor allem der Kampf gegen den Atomtot und gegen die Remilitarisierung, die einen Teil der sozialdemokratischen Basis als potentielle Verbündete erscheinen ließ. Gerade wegen der gemeinsamen ideologischen Wurzeln war die Sozialdemokratie jedoch für die SED-Herrschaft besonders gefährlich. Immer wieder kam die alte kommunistische Parole vom „Hauptfeind Sozialdemokratie“ zum Vorschein.

Bereits 1948 gab es den Versuch, die Mitgliederschaft der Ostberliner SPD-Organisation in Widerspruch zur Gesamtpartei zu bringen. Die anderen im sowjetischen Sektor und der Ostzone zugelassenen Parteien wandten sich offiziell an die Ostberliner SPD mit dem Angebot, diese in den „Demokratischen Block“ aufzunehmen.<sup>34</sup> In dem Schreiben heißt es: „Die Gefahr der Zerreißung Deutschlands sowie Berlins und die Notwendigkeit, dieser entgegenzuwirken, hat die fortschrittlichen Kräfte Weißensees veranlaßt, sich in einem 'Antifaschistischen Block' zusammenzuschließen. In ihr haben sich bis jetzt vereinigt die Vertreter der LDP, CDU, SED, des FDGB, der VVN.

31 Ebd.

32 Ebd.

33 Ebd., Aktennotiz Miessner (SPD-Kreisverband Berlin-Weißensee) vom 18. Oktober 1949.

34 SAPMO, BPA II/A/4/110, Schreiben Solman (CDU), Gerberding (LDP), Klauder (SED) an SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 2.9.1948.

des DFD und der FDJ. Wir würden erfreut sein, wenn die Mitgliedschaft und der Kreisvorstand der Weißenseer Organisation Ihrer Partei die Teilnahme an diesem Block beschließt.“<sup>35</sup> Zunächst antwortete die SPD auf dieses Schreiben offenbar überhaupt nicht. Daraufhin erfolgte eine Mahnung der Absender, in der es scheinheilig hieß: „Auf die Einladung zur Beteiligung am Demokratischen Block ist von Ihrer Partei keine Antwort eingegangen. Wir nehmen an, daß dies nur ein Versehen ist. Daher erinnern wir an unser Schreiben und erwarten Ihren Bescheid.“<sup>36</sup> Erst jetzt antwortete der SPD-Kreisvorstand formell mit einem lapidaren Schreiben.<sup>37</sup> Darin hieß es: „Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum Demokratischen Block dürfte Ihnen durch die Presse bekanntgeworden sein. Die SPD Weißensee sieht keine Veranlassung, sich gegen die Beschlüsse ihrer Partei zu stellen. Der Kreisvorstand der SPD Weißensee hat in seiner letzten Sitzung nochmals beschlossen, sich auch in Weißensee an dem Demokratischen Block nicht zu beteiligen.“<sup>38</sup>

Der Versuch, die SPD in den sogenannten Demokratischen Block einzubinden, wurde flankiert von der Schaffung einer „innerparteilichen“ SPD-Opposition, die angeblich zu einer derartigen Zusammenarbeit bereit wäre. In einem Schreiben des Kreisvorstandes Weißensee wird berichtet: „In den letzten Wochen wurden viele unserer Weißenseer Genossen mit Briefen der sogenannten Parteiopposition belästigt. Einige der Genossen machten sich die Mühe und wollten den Absender aufsuchen. Es waren durchweg Weißenseer Absender angegeben. Jedesmal stellten die Genossen fest, daß der angegebene Absender fingiert war. Anscheinend ist der Absender dieser Schreiben in der Gegend der Amalienstraße in Weißensee zu suchen, nämlich im Parteihaus der SED.“<sup>39</sup>

Im März 1949 machte eine „Sozialdemokratische Fraktion“ im Demokratischen Block von sich reden. Sie veröffentlichte Flugblätter und forderte in Einladungsschreiben die SPD-Mitglieder auf, zu Versammlungen dieser Gruppierung zu erscheinen. Die SPD wandte sich über die Westberliner Medien an die Öffentlichkeit und forderte ihrerseits die Sozialdemokraten auf, die Veranstaltungen dieser angeblichen Fraktion zu ignorieren.<sup>40</sup>

Nachdem der Anspruch eine gemeinsame Partei der Arbeiterbewegung zu sein im politischen Alltag der totalitär strukturierten SED zur Farce geworden war, trennte man sich zu Beginn der fünfziger Jahre auch ideologisch von

35 Ebd.

36 SAPMO, BPA II/A/4/110, dass. vom 23.9.1948.

37 SAPMO, BPA II/A/4/110, Schreiben SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee an Klauer (Demokratischer Block Weißensee) vom 29.9.1948.

38 Ebd.

39 SAPMO, BPA II/A/4/110, Schreiben SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee an Redaktion „Sozialdemokrat“ vom 29.9.1948.

40 SAPMO, BPA II/A/4/110; Schreiben SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee an RIAS Berlin vom 25.3.1949; dass. an Redaktion „Sozialdemokrat“ vom 25.3.1949.

diesen Vorstellungen. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 begann eine breit angelegte Kampagne gegen „sozialdemokratische Tendenzen“ in den eigenen Reihen. Der Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ war ein politisches Todesurteil. Viele Sozialdemokraten wurden als „Schuhmacher-Agenten“ oder „Spione des Ost-Büros“ verfolgt. Nicht zuletzt betraf dies jene SPD-Mitglieder, die sich 1946 der SED angeschlossen hatten und denen man nun mißtraute. Es begann eine Parteisäuberung großen Stils, die sich vor allem gegen angebliche oder tatsächliche sozialdemokratische Abweichungen richtete. In diesem Zusammenhang wurde Instruktoren in alle Kreise der DDR geschickt, die den Fortgang der Säuberung zu überprüfen und darüber Berichte zu verfassen hatten. „Große Teile der Parteimitglieder sind vom Rost des Sozialdemokratismus angefressen oder haben sich noch nicht von den schädlichen Traditionen befreien können“, heißt in einem dieser Berichte.<sup>41</sup> „Das trifft besonders auf den Teil der Genossen zu, die aus der ehemaligen SPD kamen bzw. mit ihr sympathisierten.“<sup>42</sup> Die Instruktoren des Zentralkomitees begannen mit einer systematischen Überprüfung der politischen Vergangenheit der SED-Funktionäre. Eine Mitgliedschaft in der SPD vor 1933 war dabei hochgradig verdächtig. Über einen der nun entlarvten Feinde hieß es in dem Instruktorenbericht aus Altenburg: „In seiner Wohnung hängt das Bild des Arbeiterfeindes Fritz Ebert. In seiner Bibliothek gibt es keine neuere Literatur, sondern in erster Linie Broschüren von Kautzky (sic!) und Wahlbroschüren vor 1933.“<sup>43</sup> Parallel vollzog sich die Suche nach früheren Mitgliedern linker Splittergruppen wie der KPO oder der SAP. Jeder war angehalten, seine Genossen zu denunzieren, und wer dabei nicht den rechten Eifer zeigte, setzte sich selbst der Gefahr aus. So heißt es weiter in dem zitierten Bericht: „Die gesamte Parteileitung des Werkes versucht diese Hetze des Bachmann zu bagatellisieren, zu vertuschen bzw. die festgestellten Hetzaussprüche als unwahr hinzustellen. Bezeichnend ist, daß in dieser Parteileitung ein ehemaliges KPO-Mitglied und der ehemalige Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes aus Breslau und langjähriges SPD-Mitglied vor 1933 sitzt.“<sup>44</sup> Zusammenfassend heißt es in dem Bericht über die Situation im Kreis Altenburg: „Erst die anwesenden Genossen der Bezirksleitung mußten die richtige Orientierung geben. Aber auch daraufhin wurde der Kampf nicht mit dem notwendigen Nachdruck geführt. Davon zeugt z. B. der Arbeitsplan der Kreisleitung für die Monate August und September, wo vom Kampf gegen den Sozialdemokratismus nur etwas unter den Aufgaben für die Propagandaarbeit zu finden war. Dies führte auch dazu, daß selbst der aktive Teil der Genossen nicht richtig wußte, was der Sozialdemokratismus darstellt

41 SAPMO, IV/215/1293, Bericht über den Einsatz einer Instrukteurbrigade des ZK im Kreis Altenburg vom 26.10.1953, Bl. 3.

42 Ebd.

43 Ebd., Bl. 4.

44 Ebd.

..“<sup>45</sup> Darüber wurden sie allerdings von den Genossen des Zentralkomitees ausführlich belehrt. In einem Zwischenbericht werden die „Haupterscheinungsformen des Sozialdemokratismus“ aufgelistet.<sup>46</sup> An der Spitze steht die „Antisowjethetze“, es folgen mangelnde Parteidisziplin, insbesondere säumige Beitragszahlungen und unentschuldigtes Fehlen bei den Parteiversammlungen, Organisationsmängel, Unklarheiten in der „Bauernfrage“, d. h. in der Frage der Bildung von LPG's, und schließlich das „Versöhnlertum“.<sup>47</sup> Gelegentlich hat es dem Bericht zufolge sogar in den Reihen der SED die Forderung nach einer Neubildung der SPD gegeben.<sup>48</sup>

Die Verhältnisse im Kreis Altenburg können durchaus als typisch gelten. Aus vielen anderen Kreisen und Bezirken der DDR wird von den Instruktoren des Zentralkomitees ähnliches berichtet. Als weiteres Beispiel mag ein Bericht aus Ostsachsen gelten.<sup>49</sup> Unter der Rubrik „Die Arbeit der Feinde der Feinde“ wird vermeldet: „Die Untersuchungen in Ostsachsen ergeben, daß in der Partei Feinde sitzen, die bewußt die feindliche Ideologie in die Parteiorganisation tragen und versuchen, die Partei von innen zu zersetzen. Ihr Ziel ist es, in die Parteiorganisation Verwirrung zu bringen, die Partei zu zerschlagen, indem sie die Mitglieder veranlassen aus der Partei auszutreten.“<sup>50</sup> Laut Bericht waren nach dem 17. Juni tatsächlich in Zittau 112, in Löbau 41, in Niesky 15, in Dresden 137 und in Görlitz 88 Mitglieder aus der SED ausgetreten. Nach Ansicht der Partei-Instruktoren konnte hinter dieser „organisierten Aktion“ niemand anders stecken als die Sozialdemokratie, und in der Tat ergaben die Nachforschungen, daß ein Teil der Ausgetretenen ehemalige SPD-Mitglieder waren. „In der Mehrheit“, heißt es in dem Bericht, „sind die Austritte von ehemaligen SPD-Mitgliedern oder Faschisten, wie in Löbau, wo von den 41 Ausgetretenen 19 der SPD angehörten. Die Organisatoren sind in der Regel ehemalige SPD- Mitglieder, die schon ständig eine feindliche Argumentation vertraten ...“.<sup>51</sup>

Wo die genaue Grenze zwischen hysterischem Verfolgungswahn der verunsicherten SED-Funktionäre und realen Gefahren lag, ist oft schwer zu sagen. Tatsache ist, daß es in den Tagen nach dem 17. Juni 1953 eine Austrittswelle aus der SED gegeben hat, in deren Rahmen viele ehemalige SPD-Mitglieder ihr Parteibuch auf den Tisch legten. Als Beispiel mag der VEB Textima, ein Betrieb in Altenburg, dienen. Der Zahlenfetischismus der SED-Obrigkeit

45 Ebd., Bl. 5.

46 SAPMP, IV/215/1293, Zwischenbemerkungen der Brigade Altenburg an Abt. Leitende Organe der Partei und der Massenorganisation im ZK der SED vom 8.9.1953.

47 Ebd., Bl. 2 f.

48 Ebd., Bl. 3.

49 SAPMO, IV 2/5/1282, Abt. Leitende Organe und Massenorganisationen, Bericht der Instruktorsbrigade über den Einsatz in den Kreisen Ostsachsens vom 13.11.1953.

50 Ebd., Bl. 2.

51 Ebd.

liefert uns auch in diesem Fall sehr genaues Material.<sup>52</sup> Im VEB Textima traten 54 SED-Mitglieder aus der Partei aus. Mit einer Ausnahme hat es sich dabei um Arbeiter gehandelt. Einige von ihnen waren schon längere Zeit im Betrieb tätig. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 20 bis 25 Jahre. Von den 54 Ausgetretenen waren 23 bereits vor 1933 SPD-Mitglieder, 10 weitere waren 1945/46 der SPD beigetreten. Nur zwei der Ausgetretenen waren ehemalige KPD-Mitglieder.

Neben den Sozialdemokraten in den Reihen der SED wird eine besondere Gefahr in jenen ehemaligen SPD-Mitgliedern gesehen, die sich an der Vereinigung nicht beteiligt hatte. „Eine genaue Übersicht über diesen Kreis und ihre Haltung besitzt das Kreissekretariat nicht“, heißt es in dem SED-Bericht. „Diese Übersicht wird in den nächsten Tagen von den Genossen der Staatssicherheit erstellt.“<sup>53</sup>

Parallel zu der maßlosen Hetzkampagne gab es seit Ende 1953 seitens der SED-Führung erneut Versuche, die Volksfronttaktik wieder aufleben zu lassen. In einem als „vertraulich“ eingestuften Schreiben des SPD-Landesverbandes Berlin an die Sekretäre der Ostberliner Kreise vom 8. Dezember 1953 heißt es: „In der Anlage überreichen wir Euch die Abschrift einer Anweisung der SED über das zukünftige Verhalten gegenüber der SPD; welche wir jedoch vertraulich zu behandeln bitten.“<sup>54</sup> Bei der Anlage handelt es sich um die Abschrift einer angeblichen Instruktion des Sekretariats der Bezirksleitung der SED von Groß-Berlin vom 24. November 1953.<sup>55</sup> Es geht dabei offensichtlich nicht um die wörtliche Abschrift einer schriftlichen Weisung, sondern um die Weitergabe einer nur mündlich verbreiteten Mitteilung der SED-Zentrale. Das Aktenstück wechselt zwischen wörtlichem Zitat und einem in eigene Worte gefaßten Bericht sowie kommentierenden Erklärungen. Im Text heißt es: „Die SPD darf zur Zeit nicht mehr angegriffen werden! . . . Auf keine Fall auch ein einzelnes SPD-Mitglied oder einen SPD-Führer, egal, ob auf dem rechten oder linken Flügel stehend.“<sup>56</sup> Dann heißt es in der „Abschrift“: „In allen Versammlungen, in denen gegen die SPD Stellung genommen wird, haben die kommunistischen Funktionäre und Mitglieder in den Diskussionen – wie auch sonst – für die SPD einzutreten. Spricht in solchen Versammlungen ein SPD-Mann, so ist der Sprecher stets zu unterstützen. Die zu leistende Unterstützung ist so zu lenken und zu formen, daß alle Angriffe sich gegen den amerikanischen Imperialismus richten. In persönlichen Aussprachen sind SPD-Mitglieder, selbst wenn sie auch immer wieder noch die kommunistischen Ideen ablehnen, mit äußerster Höflichkeit über die Aktionseinheit aufzuklären.

52 SAPMO, IV/215/129, Bericht der Teilbrigade im VEB Textima Altenburg vom 20.8.1953, Bl. 1.

53 Ebd., Bl. 5.

54 SAPMO, BPA II/A/4/110, Schreiben SPD-Landesverband Berlin an SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 8.12.1953, nebst Anlage.

55 Ebd.

56 Ebd.

Die bisher gegen DGB-Funktionäre (Scharnowski, Krause usw.) gerichteten heftigen Angriffe sind langsam einzustellen. Nach Ansicht kommunistischer Funktionäre besteht die Möglichkeit, daß sich die SPD in einen rechten und linken Flügel spaltet, deshalb soll der linke Flügel in jeder Weise, auch finanziell, gestützt werden.“<sup>57</sup>

Unabhängig davon, inwieweit das Schreiben der SPD authentisch ist, hat es ohne Zweifel einen realen Kern. Auch in den internen Berichten der SED wird Ende 1953 eine Kursänderung gegenüber der SPD deutlich. In einem Bericht der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte vom 22. Dezember 1953 werden ganz ungewöhnliche Töne angeschlagen: „Die Arbeit unter den SPD Arbeitern und den im demokratischen Sektor arbeitenden Westberliner Werktätigen“, heißt es in dem SED-Papier, „ist in der Vergangenheit stark unterschätzt worden. In den Betrieben wurde garnicht (sic) oder höchst ungenügend z. B. auf die Dinge Bezug genommen, die sich in Westdeutschland nach dem 6. September und in Westberlin um den Koalitionsschacher abspielten. Unsere Genossen isolierten sich vielfach von den SPD-Arbeitern, statt mit ihnen das Gemeinsame, anknüpfend an den alten sozialistischen Traditionen, zu finden. Es bedurfte auch hier wieder ständiger Hinweise vom Kreissekretariat, daß sich in seinen Sitzungen verschiedentlich mit der Verbesserung dieser Arbeit beschäftigt hat. ... Zwar wurden nachdem beispielsweise bei der Bewag HV laufend Besprechungen mit SPD- und Westberliner Arbeitern durchgeführt, ähnlich auch in anderen Betrieben (tatsächlich hat sich diese Arbeit schon erheblich verbessert), aber trotzdem ist sie noch nicht systematisch genug und erfolgt in den meisten Betrieben mehr oder weniger sporadisch. Diese Diskussionen und Besprechungen lassen meist noch den politisch überzeugenden Inhalt vermissen, sie beschränken sich im allgemeinen noch zu sehr auf die die Entgegennahme von Äußerungen und Auffassungen der SPD-Genossen. Unsere Genossen weichen manchmal noch bestimmten Dingen aus, anstatt sich kämpferisch mit den aufgeworfenen Problemen auseinanderzusetzen.“<sup>58</sup> Im Klartext hieß dies, die SED-Mitglieder hatten einen schweren Stand in den Diskussionen mit den Sozialdemokraten. Zähneknirschend akzeptierte man diese offenbar relativ freizügigen Aussprachen um der „Aktionseinheit“ willen. Das Stichwort „Aktionseinheit“ durchzieht die Berichte wie ein roter Faden und mit Genugtuung stellten die SED-Funktionäre fest, daß einige SPD-Mitglieder grundsätzlich für eine solche „Aktionseinheit“ eintreten. Andere seien zwar bereit, „mit SED-Genossen zu diskutieren, eine Aktionseinheit ... „aber lehnen sie ab. Wieder andere SPD-Mitglieder brächten „direkte Rias-Argumente wie 'freie Wahlen'“.<sup>59</sup>

57 Ebd.

58 SAPMO, IV 2/5/1214, Kurt Nettball, Beauftragter für SED-Kreisleitung Berlin-Mitte, 3. Bericht über die bisherige Tätigkeit zur Vorbereitung des IV. Parteitagess vom 22.12.1953, Bl. 4.

59 Ebd., Bl. 6.

In dem oben zitierten Anschreiben vom 8. Dezember 1953 wird deutlich darauf verwiesen, daß eine derartige Aktionseinheit nicht in Frage kommt. „Die Vertreter der Ostkreise“, heißt es in dem Brief, „waren sich in ihrer letzten Sitzungen einig, in allen Fällen, in denen Genossen Aufrufe zur Herstellung der Aktionseinheit zwischen SED und SPD unterschreiben, Feststellungen zu treffen sind, unter welchen Umständen die Unterschriftsleistung erfolgt ist. Sollte der Unterzeichnete sich in ideologischer Übereinstimmung mit dem Unterschriebenen befinden, soll nach § 29 verfahren werden. In den Fällen, in denen wirtschaftliche Gründe für die Unterzeichnung maßgebend waren, ist der betreffende Genosse zu veranlassen, sein Mitgliedsbuch abzugeben und seine Mitgliedschaft zu lösen.“<sup>60</sup>

Die Hintergründe dieser taktischen Wendung der SED liegen in der politischen Entwicklung der Bundesrepublik begründet. Die Wahl zum zweiten deutschen Bundestag am 6. September 1953 brachten einen eindrucksvollen Triumph der Politik Adenauers. Die CDU/CSU erhöhte ihren Stimmenanteil von 31 Prozent (1949) auf 45,2 Prozent. Sie errang die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag, während die SPD auf klägliche 28,8 Prozent zurückviel. Die Wähler bestätigten damit den Kurs der Westbindung, der allein ihnen Sicherheit vor der sowjetischen Bedrohung zu bieten schien. Ulbricht und die sowjetischen Panzer, die drei Monate zuvor den Volksaufstand in der DDR niedergeschlagen hatten waren wohl die besten Wahlhelfer Adenauers gewesen. Die Integration der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem stellte in den Augen der sowjetischen Führung eine potentielle Bedrohung dar, und um den Preis einer gewissen Milderung des innenpolitischen Klimas mußte auch die SED nun etwas sanftere Töne in der Auseinandersetzung mit der SPD anschlagen. Die Sozialdemokraten, denen man eben noch vorgeworfen hatte, die SED unterwühlen zu wollen, waren plötzlich wieder gesuchte Gesprächspartner, bei denen man an „gemeinsame sozialistische Traditionen“ anknüpfen wollte.

Die Methoden und Ziele der SED werden in einem Schreiben der SED-Kreisleitung von Weißensee an den SPD-Kreisvorstand des Stadtbezirks deutlich.<sup>61</sup> Der Brief beginnt mit einem ausführlichen Fragenkatalog, die nach Ansicht der SED gemeinsam zu erörtern seien. Die Verfasser des Briefes berufen sich vor allem auf die Erhaltung des Friedens, auf die Wiedervereinigung Deutschlands und wenden sich gegen den Militarismus, insbesondere die Pariser Verträge. „Wenn wir gegenwärtig das Kräfteverhältnis in Westdeutschland und Westberlin einschätzen,“ heißt es weiter, „dann zeigt es sich, daß es sich zugunsten der friedliebenden Kräfte entwickelt. In Westdeutschland

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> SAPMO, BPA II/A/4/110, Schreiben M. Feist (SED-Kreisleitung Berlin-Weißensee) an SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 4.12.1954.

entwickelt sich der Widerstand der Werktätigen gegen die Remilitarisierungspläne ... Die Arbeiterschaft Westdeutschlands ist bereit zu kämpfen. Der kleinen Gruppe von Befürwortern des Insbesondere und des Krieges in Westdeutschland und Westberlin stehen Millionen Werktätige ganz Deutschlands gegenüber. Die SPD muß sich deshalb auf ihre große Aufgabe besinnen und sich in Westdeutschland und Westberlin eindeutig auf die Durchführung der Beschlüsse des DGB und des Arbeiterjugendkongresses konzentrieren. Wir sind der festen Überzeugung, daß der Kampf um die Durchführung dieser Beschlüsse, die Losung „Keinen Mann und keinen Groschen für das System Adenauer“ vollauf den Wünschen und den Interessen der Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter entspricht.“<sup>62</sup> Es folgen längere historische Ausführungen, die insbesondere daran erinnern, daß dem Verbot der SPD und der Gewerkschaften 1933 das Verbot der KPD vorausging und nun unter Adenauer das gleiche drohe. Schließlich wird vorgeschlagen, „... unseren Brief in Euren Abteilungsversammlungen zur Diskussion zu stellen. Die Mitglieder der SPD, der SED und parteilose Arbeiter müssen gemeinsam ihre Stimme gegen die Pariser Verträge, gegen die Remilitarisierung erheben. Zu diesem Zweck schlagen wir erneut vor, eine gemeinsame Sitzung des Kreisvorstandes Eurer Partei und der Kreisleitung unserer Partei durchzuführen, oder 2–3 Genossen von uns die Möglichkeit zu geben, in Eurer Kreisvorstandssitzung zu diesen Fragen zu sprechen.“<sup>63</sup> Die Taktik der SED lag auf der Hand. Um den Preis einer gewissen Aufwertung der SPD in Ostberlin versuchte sie, Teile der Partei von der Führung zu trennen. Mit allgemeinen Friedens- und Einheitsparolen, gegen die sich an sich schwer etwas einwenden ließ, gedachte sie jene SPD-Mitglieder, die ebenfalls gegen den Adenauer-Kurs eingestellt waren, zu einer Aktionseinheit zu bewegen.

Tatsächlich fand am 3. September 1954 in der Sportstätte am Weißen See eine Veranstaltung statt, auf welcher Diskussionsredner der SED und der SPD auftraten. Die Einladungskarten trugen die Losung „Schafft den Arbeiterblock gegen den Block der Militaristen!“. Als Veranstalter trat ein „Ausschuß für Aktionseinheit der Genossen der SPD, SED und der parteilosen Werktätigen“ in Erscheinung. Es wurde angekündigt, daß Mitglieder der SPD und der SED zum Thema „Der Weg zu Frieden, Einheit und Freiheit in ganz Deutschland“ sprechen würden. Dann hieß es: „Der Kreisvorstand der SPD und die Kreisleitung der SED sind dazu eingeladen.“<sup>64</sup>

Den Hintergrund der Kampagne schildert ein Brief der SPD-Lichtenberg.<sup>65</sup> Darin heißt es: „In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen, daß SED

62 Ebd., Bl. 2.

63 Ebd., Bl. 5.

64 SAPMO, BPA II/A/4/110.

65 SAPMO, BPA II/A/4/110, Schreiben Hermann Berger (SPD-Kreisvorstand Berlin-Lichtenberg) an die Gewerkschafts-Kreis-Beisitzer Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Treptow, Köpenick, Weißensee, Pankow vom 17.9.1954.

und FDGB in den größeren und großen Betrieben des Ostsektor als Sozialdemokraten bekannte Genossen für die Aktionseinheit mißbrauchen wollen. Stundenlang werden unsere Genossen von den genannten Organisationen unter Druck gesetzt, um sie zu Reden oder zur Leistung von Unterschriften im Sinne der Aktionseinheit zu bewegen. Dabei schreckt man auch nicht davor zurück, materielle Vorteile anzubieten. Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Aktion bis zu den Wahlen am 17.10. noch steigert und viele unserer Genossen unter dem wirtschaftlichen Druck in Gewissenskonflikte gebracht werden.“<sup>66</sup>

Im Herbst 1956 wurden die bekannte Fälle von in den Haftanstalten der DDR befindlichen Sozialdemokraten amnestiert. Die maßlose Hetze gegen die SPD dauerte indessen fort. Sie konzentrierte sich auf die angeblich „rechte“ Führung von der man die Mitgliederschaft trennen wollte. Zu diesem Zwecke gab es eine Reihe von Tarnorganisationen, die in den fünfziger Jahren eine rege Aktivität entfalteten. Immer wenn sich auf Moskauer Weisung der deutschlandpolitische Wind drehte war die Haltung gegenüber der SPD ein Indikator. Für die sowjetische Außenpolitik waren alle Versuche, die Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis zu lösen, von solch großem Wert, daß man geneigt war, über die ideologischen Differenzen hinwegzusehen.

Ein Beispiel für den Versuch, die SPD mit Hilfe einer kommunistisch gelenkten Tarnorganisation zu unterwandern, war die sogenannte Sozialistische Aktion (SDA). Über diese Organisation befindet sich im SED-Archiv ein spezieller Aktenbestand. Es handelte sich dabei um ungefähr 200 angebliche oder tatsächliche SPD-Mitglieder, von denen die Aktionseinheit mit den Kommunisten propagiert wurden, insbesondere wurden in großer Zahl Zeitschriften und Broschüren an SPD-Mitglieder verschickt. Die Mitglieder der SDA traten auf Diskussionsveranstaltungen auf, organisierten Reisen in die DDR. Nach Angaben der SPD wurde dieser Personenkreis von der SED großzügig finanziert.<sup>67</sup> Auch die Wochenblätter „Freie Presse“ und „Sozialistische Aktion“, die kostenlos und ungebetenermaßen an SPD-Mitglieder verschickt wurden, wären ohne Finanzierung aus dem Osten kaum haltbar gewesen. Übrigens wurden die Zeitschriften auch an Ostberliner SPD-Mitglieder verschickt.<sup>68</sup>

Im SED-Archiv befinden sich einige Exemplare der „Freien Presse“, die mit handschriftlichen Kommentaren versehen, an die Redaktion zurückschickt worden waren. Insgesamt gesehen wirkten die Druckschriften der SDA offenbar wenig überzeugend. Sie hatten zur offiziösen SED-Propaganda viel zu wenig Distanz, um nicht als Tarnschriften durchschaut zu werden. Dies entspricht auch der internen Einschätzung der SPD-Gremien.

66 Ebd.

67 Martini, W.G.: SDA – Innenansicht einer Tarngruppe, in: Ost-Probleme Nr. 25/26 (24. Juni 1955; vgl. SAPMO, BPA II/A/1–065.

68 SAPMO, BPA II/A/1–065.

Zum Jahresende 1957 gab es neuerlich eine forcierte Kampagne zur Einbeziehung aller „ehrlichen Sozialdemokraten guten Willens“. Ausgelöst wurde diese Propagandawelle durch ein sogenanntes „Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien“, das auf einer Beratung in Moskau am 19. November 1957 verabschiedet wurde.<sup>69</sup> In diesem Manifest wurde eine „Friedensoffensive gegen NATO-Komplott“ verkündet, das alle „friedliebenden Kräfte“ vereinen sollte. Am 3. Dezember 1957 erschien auf der Titelseite des „Neuen Deutschlands“ ein offener Brief. Elisabeth Kuhn, die als „Genossin der Sozialdemokratischen Partei aus Berlin“ bezeichnet wurde, schrieb diesen Brief „im Auftrage eines großen Kreises von Sozialdemokraten des demokratischen Sektors von Berlin an die Redaktion des Neuen Deutschland.“<sup>70</sup> Weiter hieß es in dem Brief: „Wir begrüßen das Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien und erklären, daß die Gefahr des Atomkrieges alle Streitfragen zwischen unseren beiden Parteien null und nichtig macht. Gebieterisch steht vor uns die geschichtliche Frage, gemeinsam mit den Kommunisten und allen Friedensanhängern entschieden für die Erhaltung des Friedens einzutreten.“<sup>71</sup> Es folgten Angriffe auf die rechten Führer der SPD, Brandt und Ollenhauer.

Am 13. Dezember 1957 setzte das „Neue Deutschland“ die Kampagne fort. Es erschien ein Artikel unter der Überschrift: „Gespräch mit Sozialdemokraten. Echo auf den Brief der SPD-Genossin Kuhn – Zustimmung zum Friedensmanifest“.<sup>72</sup> Die Taktik bestand darin, eine Differenzierung zwischen den Funktionären und der Basis herbeizuführen. In einem anonym abgedruckten Bericht auf der gleichen Seite hieß es über Pandura, den Stellvertretenden Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes von Berlin-Weißensee „... [er] meinte zu einigen Freunden der Nationalen Front: 'Wir werden niemals auf einen Nenner kommen, weil jeder von uns von anderen Voraussetzungen ausgeht.' Auf die Frage, ob man sich nicht einmal zusammensetzen wolle, bemerkte Pandura: 'Ich habe keine Zeit, Verhandlungen mit dem Osten kommen nicht in Frage.'“<sup>73</sup> Weiter wird in dem Brief berichtet: „... [eine] Delegation von Berliner Arbeitern von VEB Stern-Radio besuchte am 4. Dezember die Kreisvorstandssitzung der SPD in Weißensee, um mit den Vorstandsmitgliedern über das Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien zu sprechen. Die SPD-Kreisvorsitzende Gretel Heise erklärte, daß das aus Zeitmangel an diesem Tage nicht möglich sei. Sie versicherte, bis zum 9. Dezember mit den Arbeitern des Betriebes einen Aussprachetermin zu vereinbaren. Leider wurde diese Übereinkunft bis heute nicht erzielt.“<sup>74</sup>

69 Neues Deutschland, 23. November 1957.

70 Ebd.

71 Ebd.

72 Neues Deutschland, 13. Dezember 1957.

73 Ebd.

74 Ebd.

Für die SPD hatten diese Annäherungsversuche einen zweischneidigen Charakter. Auf der einen Seite wurde die Existenz der SPD-Organisation in Ostberlin in der SED-Presse ausführlich erwähnt. Die SPD wurde als Gesprächspartner und als Bündnispartner im Friedenskampf umworben. Gleichzeitig aber versuchte die SED, unter dem Deckmantel des Kampfes für den Frieden ihre Einflußmöglichkeiten auszuweiten. Es bestand die Gefahr, daß sich die SPD vor den Propaganda-Karren der SED spannen ließ, und versuchen würde, ihrer Politik eine breitere Basis zu verschaffen. Insofern war die strikt ablehnende Reaktion der SPD verständlich. Insbesondere die Versuche, den im Januar 1958 anstehenden Landesparteitag der SPD zu beeinflussen erregten Mißtrauen und Ablehnung seitens der Sozialdemokraten.

In den internen SPD-Papieren werden die Vorfälle, die mit dem Besuch der „Arbeiterdelegation“ verbunden waren, wesentlich anders gesehen. Wolfgang Pandura berichtet darüber in einem Brief an den SPD-Landesvorstand.<sup>75</sup> Nachdem bereits am Vortag eine Gruppe von drei Männern, die sich als Mitarbeiter des VEB Stern-Radio ausgaben, „nach einem kurzem Wortwechsel verabschiedet“ worden waren, erschienen am 7. Dezember 1957 erneut drei Personen „die sich durch energisches Klingeln und Klopfen bemerkbar machten. Schon vor Öffnen der Wohnungstür war im Treppenhaus bereits zu vernehmen, welcher Art der Besuch sein sollte, weil zwischen den Dreien der Erfolg des Besuches bereits vorher negativ beurteilt wurde. Die Forderung an P., sich mit ihnen über die Pariser NATO-Konferenz zu unterhalten, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Haltung der SPD zu dieser Frage bekannt sei und dies ihnen bereits gestern mitgeteilt wurde. . . . Daraufhin sollte die Tür geschlossen werden, welches durch den Wortführer der Gruppe durch ein Wiederaufstoßen der Wohnungstür verhindert wurde mit der Bemerkung ‚weil Sie es gestern abgelehnt haben zu diskutieren, deshalb kommen wir ja heute‘. Die tätliche Beeinträchtigung des Türschließens wurde sehr deutlich unter dem Hinweis auf Hausfriedensbruch verboten und darauf verwiesen, daß Diskussionen jeder Art in den Versammlungen zu freien Wahlen in ganz Berlin geführt werden können.“<sup>76</sup>

Es folgten weitere Besuche eines ehemaligen SPD-Mitglieds, daß sich „aus der privaten Sorge um den Frieden“ mit Pandura unterhalten wollte. Er bestritt es ausdrücklich, im Auftrage der SED oder der Nationalen Front zu kommen.

Aus der parallelen Überlieferung im Archiv der Staatssicherheit geht hervor, daß über die „vertrauensvollen Gespräche mit den sozialdemokratischen Genossen“ Berichte verfaßt wurden, die im Bedarfsfalle dem MfS zugeleitet

75 SAPMO, BPA II/A/1–065; Schreiben Wolfgang Pandura (Stellvertreter Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Berlin-Weißensee) an J. Braun (SPD-Landesverband Berlin) vom 24. Januar 1958.

76 Ebd.

wurden.<sup>77</sup> Diese Berichte waren voller Denunziationen, die gelegentlich die Grenze zum Lächerlichen überschritten. In einem Bericht über den Besuch beim Lichtenberger Delegierten zum Sonderparteitag der SPD, Hermann Berger, wird berichtet: „Der Gen. B. wurden von 3 Genossen aufgesucht. Er erklärte: ‚Mit euch will ich nichts zu tun haben, früher habt ihr uns eingesperrt, und heute wollt ihr uns streicheln.‘ Die Entschließung wurde nicht angenommen, er verabschiedete sich mit Godd By.“<sup>78</sup> Der orthographisch nicht ganz korrekt wiedergegebene Abschiedsgruß sollte offenbar als Beleg seiner amerikanisierten Umgangsformen dienen.

Am 9. Januar 1958 wandte sich die Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB Fleischwarenwerk „Stern“ in einem langen Brief an den „Kollegen“ Pandura.<sup>79</sup> „Wie uns bekannt ist“, heißt es in dem Schreiben, „bist Du durch das Vertrauen der Mitglieder Deiner Partei als Delegierter für den außerordentlichen Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. Das bedeutet, daß Du auf diesem Landesparteitag die besonderen Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen wirst.“<sup>80</sup> Dann folgen die bekannten Friedensparolen, verbunden mit der Aufforderung diese auf dem SPD-Parteitag zu vertreten.

In dieser Weise wurde auf die Sozialdemokraten systematisch Druck ausgeübt. Die Verfasserin des im „Neuen Deutschland“ vom 3. Dezember 1957, Genossin Kuhn, erklärte am 8. Januar 1958 ihren Austritt aus der SPD. Offenbar entsprach diese Austrittserklärung nicht ganz dem vorgesehenen Szenario der SED. Offenbar hatte man einen Ausschluß provozieren wollen, um die SPD bloßzustellen. Jedenfalls wird dies von Wolfgang Pandura in dem zitierten Schreiben behauptet.<sup>81</sup> Am 10. Januar 1958 berichtete das Neue Deutschland, Frau Kühn würde entgegen der Behauptung des SPD-Organs „Berliner Stimme“ nach wie vor zu ihrer Meinung stehen.<sup>82</sup>

Von der SED-Presse sollte der Eindruck erweckt werden, als seien zwischen der Basis und der SPD-Führung in der Frage des Friedenskampfes erhebliche Spannungen vorhanden. Am 10. Januar 1958 berichtete das „Neue Deutschland“ unter der Überschrift „Berliner Arbeiterschaft muß einig sein“ von einer Versammlung mit Hans Kiefert, dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, und dessen Stellvertreter Bruno Baum, an der 65 SPD-Genossen teilgenommen hätten. Angeblich seien dort Forderungen an den SPD-Landesparteitag formuliert worden. So sollte eine gemeinsame

77 BStU, Verwaltung Groß-Berlin, KD Lichtenberg, 283/61, OV „Verschwörer“, Bl. 21, Informationsbericht der KL der SED Berlin-Lichtenberg vom 6.1.1958.

78 Ebd.

79 SAPMO, BPA II/A/4/110, Schreiben Betriebsgewerkschaftsleitung VEB Fleischwaren „Stern“ an Pandura vom 9.1.1958.

80 Ebd., Bl. 1.

81 Ebd.

82 Neues Deutschland, 10. Januar 1958.

Beratung zwischen SPD und SED über eine Atomwaffenfreie Zone in Europa stattfinden.<sup>83</sup>

Parallel versuchte man seitens der SED einen Konflikt mit der Weißenseer SPD heraufzubeschwören. Anlaß hierfür bot ein an der Außentür des Versammlungsraumes klebender Textstreifen mit der Aufschrift „Sicherheit für alle – SPD“. Am 30. Januar tauchten im Kreisbüro zwei angebliche Mitarbeiter des Rates des Stadtbezirkes auf.<sup>84</sup> Sie wiesen darauf hin, daß die „Bevölkerung“ an dem Textstreifen „Anstoß nehme“. Die anwesenden Funktionäre wichen einer inhaltlichen Diskussion aus und baten darum, wiederzukommen, wenn die Kreisvorsitzende zu sprechen sei. Einige Tage später war der Textstreifen mit schwarzer Farbe übermalt, die sich jedoch entfernen ließ.

Am 4. Februar 1958 erschien im Kreisbüro Weißensee die Volkspolizei auf und beanstandete den Klebestreifen. Die Kreisvorsitzende, Bundestagsabgeordnete Margarete Berger-Heise, protestierte in einem Schreiben gegen dieses Vorgehen und versuchte zu begründen, warum die Worte „Sicherheit für alle“ nicht den gesetzlichen Vorschriften widersprächen.<sup>85</sup>

Am 11. April 1958 wurde vor dem Kreisbüro der SPD in der Caseler Straße in Weißensee eine Kundgebung der Nationalen Front durchgeführt. Eine Schalmeiengruppe spielte auf, anschließend wurde von der Plattform eines offenen Lastkraftwagens Reden gehalten. Von der Veranstaltung existiert eine Fotoserie.<sup>86</sup> Parallel hatte man in der Grünanlage vor dem Kreisbüro eine Schrifttafel errichtet, deren Parolen auf die sozialdemokratische Losung „Sicherheit für Alle“ Bezug nahm. „Sicherheit für wen?“, hieß es u. a. auf der Tafel. „Für Nato-Atomkriegspolitiker? Nein!“<sup>87</sup>

Parallel zu den Annäherungsversuchen der SED wurde versucht, Druck auszuüben. So wurde in Flugblättern behauptet, der stellvertretende Kreisvorsitzende der SDP in Friedrichshain, Hans Schmidt, hätte behauptet, „ihm wären Atombombenraketen in Westdeutschland lieber, als die Zusammenarbeit aller friedliebenden Kräfte“.<sup>88</sup> In der gleichen Ausgabe der „Berliner Stimme“ wird über die fristlose Entlassung von vier aktiven SPD-Mitgliedern, die im Kraftwerk Klingenberg tätig waren, berichtet.<sup>89</sup>

Auf die „weiche Welle“, die ganz offenbar durch die außenpolitischen Interessen der Besatzungsmacht diktiert war, folgte bereits im Sommer 1958 wieder eine Verschärfung der Repression. Anfang Juni wurden eine Reihe als

83 Ebd.

84 SAPMO, BPA II/A/4/110, Aktennotiz SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 5.2.1958.

85 SAPMO, BPA II/A/4/102, Schreiben Berger-Heise (SPD-Kreisvorsitzende Berlin-Weißensee an Markus (Inspektionsleiter Volkspolizei Berlin-Weißensee) vom 5.2.1958.

86 SAPMO, BPA II/A/4/110; sechs Amateurfotos im Kleinformat.

87 Ebd.

88 Berliner Stimme, 25. Januar 1958.

89 Vgl. auch Telegraph, 26. Januar 1958.

Sozialdemokraten bekannten Arbeiter aus dem Transformatorenwerk Oberschöneweide (TRO) und dem dem Kabelwerk Oberspree (KWO) entlassen. Insgesamt handelte es sich dabei um 14 Personen.

Der gesamte Vorgang wurde vom MfS unter dem Decknamen „Trotzky“ geführt. Er überschneit sich aber mit dem weiter unten ausführlich behandelten OV „Verschwörer“, dem Arbeitskreis für Gewerkschaftsfragen der SPD, da einige der entlassenen Arbeiter auch an den Sitzungen dieser Gruppe teilgenommen hatten. Darunter befand sich der Arbeiter Karl Klodt, dessen Entlassung in einem Bericht des MfS geschildert wird: „Am 2.6. wurde K. zu einer Aussprache vorgeladen. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Lage in Frankreich und besonders auf den Verrat von Mollet eingegangen und dazu gewisse Parallelen zu Westdeutschland insbesondere zu Ollenhauer gezogen. In der hier stattfindenden Auseinandersetzung sagte Klodt u. a. 'Ihr seid für den diktatorischen, und wir, die SPD, für den demokratischen Sozialismus.' In diesem Zusammenhang wurde ihm gesagt, daß dies konterrevolutionäre Tendenzen wären, so hätte es in Ungarn auch angefangen und solche Leute hätten im Betrieb nichts zu suchen. Daraufhin wurden zwei Angehörige der Kampfgruppen geholt, die den Klodt bis vor den Betrieb begleiteten und ihn dort verabschiedeten mit den Worten: 'Wenn Du anderer Meinung bist kann Du wieder in den Betrieb rein.' Ähnliches wurde am gleichen Tag mit dem im KWO tätigen parteilosen Kollmann praktiziert. Nach diesen Vorfällen hatte die Partei erst mal dafür zu sorgen, die sofort entstandene Mißstimmung in dem Betrieb zu beseitigen. Vorher war kein Einverständnis erzielt worden, während der Auseinandersetzung mit Klodt war keinesfalls innerhalb der Abteilung eine negative Meinung zu Klodt und die Forderung zur Entlassung des Klodt zu hören.“<sup>90</sup> Nach anderen Berichten fand die geschilderte Aussprache am 2. Juni, die Verweisung aus dem Betrieb aber erst am 4. Juni, also zwei Tage später, statt.<sup>91</sup> Karl Klodt und Fritz Kollmann schilderten ihre Entlassung dem SPD-Funktionär Berger: „... man beorderte zwei Mann von der Kampfgruppe, um sie ja sicher heruaszubringen. Papiere mußten sie abgeben ... andererseits bekamen sie keine Entlassungspapiere und auch keine Entlassungsgelder, kein Urlaub, überhaupt nichts.“<sup>92</sup>

Kurz darauf, am 5. Juni 1958, wurden zwölf Kollegen aus dem TRO entlassen. Sieben von ihnen waren Mitglieder der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) und fünf SPD-Genossen.

Die Entlassung erfolgte unter weniger dramatischen Begleitumständen. Aber ebenfalls unter Verletzung der elementarsten Rechte. Die Begründung lautete, daß für Agenten dort kein Platz wäre. Offenbar kam es der SED auf

90 BStU, Verwaltung Groß-Berlin, KD Lichtenberg, 283/61, Bl. 232, Aktennotiz 12.6.1958.

91 Ebd., Bl. 311, Bericht vom 17.7.1958 über Tagung des SPD-Arbeitskreises Gewerkschaftsfragen vom 26.6.1958.

92 Ebd., Bl. 311.

eine Demonstration ihrer Macht an. Natürlich erhielt der Vorgang eine erhebliche Publizität. Im Rathaus Schöneberg veranstaltete die SPD eine Pressekonferenz, auf welcher einige der entlassenen Arbeiter das Wort ergriffen und die Entlassungen als Unrechtsakt der SED bezeichneten.<sup>93</sup> Am 20. Juni reagierte die Ostberliner Presse auf die Vorwürfe. Unter der Überschrift „Lügen wie reife Tomaten geplatzt“ schrieb die Berliner Zeitung: „Das schon reichlich antiquierte Thema vom 'Terror gegen SPD-Mitglieder im demokratischen Berlin' wurde erneut strapaziert. Kronzeugen sollten diesmal u. a. zwölf ehemalige Angehörige des 'TRO' sei, von denen behauptet wurde, sie seien wegen ihrer Mitgliedschaft zur SPD entlassen worden. Schade, daß die TRO-Belegschaft am Mittwoch nicht anwesend sein konnte. Sonst hätten die Journalisten die Wahrheit erfahren, die so aussieht: 'Alle zwölf Mann gehörten einer Westberliner Gewerkschaftsorganisation an und bildeten eine illegale Gruppe, die regelmäßig an geheimen Zusammenkünften in Westberlin teilnahm, geleitet durch eine gewisse Stelle. Dort wurden sie nach Betriebsangelegenheiten, Produktionsziffern und -vorkommnissen ausgefragt und gaben Stimmungsberichte ... Selbstverständlich waren die TRO-Arbeiter nach Bekanntwerden dieser Dinge nicht mehr geneigt, mit den zwölf zusammenzuarbeiten. Und darum wurden sie mit Fug und Recht entlassen und nicht etwa weil sie SPD-Mitglieder waren.'“<sup>94</sup>

Ein weiteres Beispiel für den SPD-Einfluß in Ostberliner Betrieben liefert die Aktion „Morgenröte“ des MfS.<sup>95</sup> Gemeint ist damit die „operativer Bearbeitung“ der SPD-Gruppe im BVG-Straßenbahnhof Nord-End in Niederschönhausen (Stadtbezirk Pankow). Sorgen bereitete dem MfS vor allem eine starke UGO-Gruppe, die sich personell mit der SPD-Gruppe überschneidet. Die UGO-Anhänger würden „... versuchen, die gewerkschaftliche Führung in dem Betrieb an sich zu reißen“, heißt es in dem ersten Bericht des MfS über den Straßenbahnhof Nord-End.<sup>96</sup> In der Tat verfolgte die Gruppe die Taktik, dem FDGB beizutreten und die Betriebs-Gewerkschaftsleitung (BGL) mit den eigenen Leuten zu besetzen. Der stellvertretende Vorsitzende der BGL und ein weiteres Mitglied gehörten der von der Staatsicherheit gemachten UGO-Gruppe an. Interessant ist die Zusammensetzung dieser Gruppe. Es handelt sich ausschließlich um ältere und gut qualifizierte Arbeiter und Angestellte, die teilweise schon seit zwanzig Jahren und länger bei der BVG tätig waren. Als „Kopf der Gruppe“ wird in den Unterlagen des MfS Franz Ullenboom (geb. 1900) genannt. Er war Sozialbetreuer im Betrieb, kannte viele der insgesamt 800 Kollegen und kam auch außerhalb des Straßenbahnhofs viel herum, wie die Stasi-Spitzel berichtete. In den Stasi-Papieren werden

93 Telegraf, 13.6.1958 u. a.

94 Berliner Zeitung, 20.6.1958; vgl. auch Neues Deutschland vom gleichen Tage.

95 BStU, Allg. S. 201/58.

96 Ebd., Bl. 1, Bericht vom 23.7.1951.

insgesamt acht Namen der Geburtsjahrgänge 1889 bis 1902 genannt.<sup>97</sup> In einer anderen Liste werden 24 weitere Sympathisanten festgestellt und namentlich genannt.<sup>98</sup> Zwei Mitglieder der UGO, Leonhard Klement (geb. 1901) und Franz Steinhagen (geb. 1902) waren außerdem SPD-Mitglieder. Dazu kamen drei weitere aktive SPD-Mitglieder, die sich monatlich einmal in der Wohnung von Franz Steinhagen versammelten und somit faktisch die Leitung einer Betriebsorganisation bildeten.<sup>99</sup> Insgesamt ging der Staatssicherheitsdienst von etwa 50 SPD-Mitgliedern aus.<sup>100</sup>

Während der Ereignisse des 17. Juni spielte die Existenz einer starken SPD-Gruppe und einer Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation eine wichtige Rolle. Bereits im Vorfeld der Ereignisse spitzte sich auch auf dem Straßenbahnhof Nord-End die Situation zu. Das SPD-Mitglied Leonhard Klement äußerte einem Spitzelbericht zufolge am 12. Juni 1953: „Grotewohl und Ulbricht müssen gestürzt werden, es dauert nicht mehr lange, dann haben wir die Macht und werden mit den Russen auf unsere Art verhandeln.“<sup>101</sup> In den Vormittagsstunden des 17. Juni lief der BVG-Verkehr zunächst normal. Dann kehrten immer mehr Straßenbahnen in den Bahnhof zurück und die Fahrer teilten mit, daß es aufgrund der Demonstrationen unmöglich sei, den regulären Verkehrsbetrieb weiterzuführen. In den Mittagsstunden kam Klement, der vorher an der Demonstration in Pankow teilgenommen hatte mit einigen Anhängern in den Betrieb. Er ging zur BGL, berichtet der Stasi-Spitzel und forderte die Durchführung einer Belegschaftsversammlung auf der „... zu den Maßnahmen der Regierung Stellung genommen werden sollte. 95 % der Belegschaft verlangten dieses. Sein Ansinnen wurde von mir abgelehnt. Etwa 1/2 Stunde später sprach er zu ca. 80 Straßenbahnern auf den (sic) Hof: Kollegen, es ist Generalstreik, die Arbeit wird nicht eher aufgenommen bis daß die Regierung gestürzt ist. Lauter Beifall. Ein Vertreter der Hauptverwaltung der BVG konnte kaum sprechen. Nachdem es ihm aber trotzdem gelang einigermaßen Ruhe zu erzielen verließ Klement den Hof und ging in die Erfrischungshalle, die sich auf unseren (sic) Grundstück befindet. Hier traf er sich in den hinteren Räumen mit einigen Schreiern. Nach Bekanntwerden des Befehls des Militärkommandanten riefen wir die Kollegen zusammen, um ihnen die Bedeutung des Befehls aufzuzeigen. Plötzlich erschien Klement und verbot uns weiterzusprechen, wir hätten kein Recht mehr, etwas anzuordnen. Wieder gelang es uns, ihn zur Ruhe zu bringen. Gegen 19.00 Uhr erschien er abermals auf den (sic) Hof und brüllte den Bahnhofsvorsteher an: Du hast keine Anordnungen zu treffen. Die Regierung ist gestürzt. Ich als Vertreter und Betriebsgruppenvorstehers (Steinhagen) übernehme die Verantwortung.

97 Ebd., Bl. 1.

98 Ebd., Bl. 73, Zwischenbericht KD Berlin-Pankow vom 5.5.1954.

99 Ebd., Bl. 5, Bericht vom 12.2.1953.

100 Ebd., Bl. 13, Bericht vom 22.6.1953.

101 Ebd., Bl. 11, Bericht vom 22.6.1953.

Es fährt kein Wagen mehr morgen früh vom Hof.“<sup>102</sup> Ab fünf Uhr früh sollten Streikposten aufziehen. „In der Diskussion äußerte er weiter,“ heißt es in einem anderem Bericht „daß die Direktoren der BVG keine Anweisungsbefugnisse mehr haben und ihre Anweisungen keine Folge zu leisten ist.“<sup>103</sup> Aufgrund der Mitteilung der Betriebsleitung wurde Klement noch in den Abendstunden des 17. Juni verhaftet. Doch zunächst wurde er nach einigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 18. Juni erschien er überraschenderweise im Betrieb und versuchte, die Arbeiter zum Streik zu bewegen. Daraufhin wurde er wiederum verhaftet. Damit kehrte jedoch auf dem Straßenbahnhof Nord-End immer noch keine Ruhe ein. „Am 19.6. versuchte der Schaffner Müller in angetrunkenem Zustand die Belegschaft aufzuhetzen, daß kein Wagen den Hof verlassen dürfe, solange Klement nicht frei sei ... Die Stimmung im Betrieb (etwa 800 Angehörige) ist bei einem großen Teil abwartend ... Zum Teil wird offen ... die Ansicht vertreten, daß ohne die Sowjettruppen heute die Macht in den Händen der Aufständischen wäre. ... Die SPD-Mitglieder verhalten sich sehr ruhig, betonen ihre Ablehnung gegenüber den angewandten Methoden, sind aber nicht bereit, dies öffentlich zu bekennen.“<sup>104</sup>

Am 8. September führte die SED-Kreisleitung Pankow auf dem Straßenbahnhof eine Betriebsversammlung durch, um die Verurteilung des „Provokateurs Klement“ zu begründen und eine Distanzierung der Belegschaft von Klement durchzusetzen. In anderen Betrieben fanden in diesen Tagen ähnliche Veranstaltungen statt. Zunächst war die Frühschicht zur Versammlung einberufen worden. Nach der Rede des SED-Sekretärs standen die SPD-Mitglieder auf und verließen schweigend den Saal, die Belegschaft folgte ihnen geschlossen. Auf der zweiten Versammlung um 14.00 Uhr verließ zwar nur ein Teil der Arbeiter den Raum, der Rest reagierte auf die Diskussionsangebote der SED-Funktionäre mit demonstrativen Schweigen. Angesichts der vielen Verhaftungen in dieser Zeit erforderte diese Verhaltensweise beträchtlichen Mut.

### *7. Die Ostberliner SPD-Organisation im Fadenkreuz der Stasi*

Seit der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit im Jahre 1950 war die Sozialdemokratie eine der entscheidenden Gruppen, gegen die der Repressions- und Bspitzelungsapparat gerichtet war. Tausende Sozialdemokraten wurden verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Jedes tatsächliche oder vermeintliche Auftreten sozialdemokratischer Ideologie wurde mißtrauisch beobachtet. Frühere Mitglieder der SPD, zumal jene, die sich

102 BStU, Allg. S. 201/58, Bericht vom 19.6.1953.

103 Ebd., Bl. 10, Bericht 18.6.1953.

104 Ebd., Bl. 13, Bericht vom 22.6.1953.

geweigert hatten der Einheitspartei beizutreten, standen unter aufmerksamer Observation.

Seit dem Volksaufstand im Juni 1953 setzte die SED-Führung verstärkt auf eine totale Überwachung der Gesellschaft. Die Kritik der Parteiführung hatte sich in starkem Maße auf die Tatsache konzentriert, daß die Parteiführung von den Ereignissen vollkommen überrascht worden war. Daraus ergab sich die Schlußfolgerung, daß insbesondere der Spitzelapparat – das sogenannte inoffizielle Netz der Staatssicherheit – systematisch ausgebaut werden müsse.<sup>105</sup> Gleichzeitig begann eine großangelegte Kampagne, innerhalb und außerhalb der SED nach heimlichen Sympathisanten der Sozialdemokratie zu fahnden. Obwohl es dafür kaum einen realen Grund gab, wurde das Ostbüro der SPD zu einem der Hauptdrahtzieher des „konterrevolutionären Putsches“ erklärt.<sup>106</sup>

Angesichts dieser Situation liegt es auf der Hand, daß die legale SPD-Organisation in Ostberlin vom Sicherheitsapparat der DDR intensiv beobachtet wurde. In den Akten des MfS befindet sich umfangreiches Aktenmaterial über die Observation und Versuche der Unterwanderung der Ostberliner Kreisverbände der SPD.

Auffallend ist, daß die Sachbetreffe: „Sozialdemokratismus“, „Reformismus“, „Hetztätigkeit des Ostbüros“ bzw. bis 1952 der „Schuhmacher-Agenten“, „antidemokratische Tätigkeit der illegalen SPD“ und „Tätigkeit der legalen SPD im Demokratischen Sektor“ sich stark überschneiden.

Tatsächlich überschnitten sich in der Frühzeit des Ostbüros Aktivitäten, die nach den Gesetzen der DDR strafbar waren. Dies betraf sowohl die Bildung illegaler Gruppen, die Einschleusung von Propagandamaterial als auch die Informationsgewinnung über die innere Lage. In welcher Weise derartige Informationen von den westlichen Geheimdiensten abgeschöpft wurden ist auch heute noch nicht mit Sicherheit zu sagen. In den Augen der SED-Propaganda und des MfS war das Ostbüro eine Agentenzentrale unter Führung des britischen und amerikanischen Geheimdienstes. Es gab immer wieder Fälle von Verhaftungen, bei denen denen SPD-Mitgliedern Agententätigkeit vorgeworfen wurde. Welchen realen Kern solche Anschuldigungen hatten sei dahingestellt. So wurde am 10. Mai 1956 der Kassierer der SPD-Friedrichshain festgenommen. Er gestand angeblich, vom französischen Nachrichtendienst angeworben worden zu sein. Die SED-Presse lieferte eine Reihe von illustrativen Einzelheiten, deren Tatsachengehalt schwer nachzuprüfen ist.<sup>107</sup>

105 Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 27 ff.

106 Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung zur Berlin-Krise (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 63) R. Oldenbourg Verlag München 1991, 142 S. = Phil. Diss. Bochum;

107 Neues Deutschland, 7.6.1956.

Für das MfS war das Ostbüro einer der Hauptfeinde im Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Ostberliner SPD-Organisation wurde in der Regel in diesem Zusammenhang gesehen.

Eine der wenigen Erwähnungen der Tätigkeit einer legalen SPD-Organisation unter SED-Herrschaft findet sich in dem internen Schulungsmaterial der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Rehbrück (JHS). Der zweite Band des „Studienmaterials zur Geschichte des MfS“ ist den fünfziger Jahren gewidmet.<sup>108</sup> Dort heißt es: „Die Organe der Volkspolizei, insbesondere die Genossen der Abteilung K 5, auch hier kameradschaftlich unterstützt von den sowjetischen Genossen, führten gegen die Feindtätigkeit des 'Ostbüros' einen komplizierten Abwehrkampf. Viele Schläge wurden diesen Institutionen bereits in den ersten Jahren versetzt. Diese Erfolge errangen die Organe der Volkspolizei in enger Zusammenarbeit mit den Parteiorganisationen der SED in den Wohngebieten und Betrieben. Von ihnen erhielten die Sicherheitsorgane wertvolle Hinweise über die Existenz und das Wirken von Agenten des 'Ostbüros' der SPD. Besonders kompliziert war der Abwehrkampf in Berlin, wo es die Spalter der Arbeiterbewegung verstanden hatten, im demokratischen Sektor eine 'legale' SPD zu erhalten. Auf diese Weise konnte von ihnen eine ganze Parteiorganisation mehr oder weniger umfassend in die subversive Tätigkeit gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung einbezogen werden.“<sup>109</sup>

Auf der gleichen ideologischen Linie liegt eine Forschungsarbeit der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche (JHS) aus dem Jahre 1988. Sie beschäftigt sich mit der Tätigkeit des Ostbüros der SPD und erwähnt am Rande auch die Existenz der legalen SPD im Demokratischen Sektor von Berlin.

In einer Analyse der Abteilung Information des MfS über die „Tätigkeit und den Einfluß der SPD und des SPD-Ostbüros in der DDR“ vom 3. März 1956 befindet sich auch ein spezieller Abschnitt zur „Situation im Landesverband der SPD im demokratischen Sektor Berlins und den Einfluß des Ostbüros auf diesen Verband“.<sup>110</sup> Die Analyse der Staatssicherheit beginnt mit den offiziellen Zahlenmaterial, daß dem Jahrbuch des Landesvorstandes entnommen ist. Dann wird festgestellt, daß die Ostberliner SPD über zwei Bundestagsabgeordnete verfügt und dies „... nicht ohne Auswirkungen auf den politischen Zustand ihrer Kreisorganisation“ bleibt. „Insbesondere in deren Wohnbereichen befindet sich der größte Teil der SPD-Mitglieder dieser Bezirke.“<sup>111</sup> Es folgen Angaben über Kreisvorsitzende von Weißensee, die Bundestagsabgeordnete Gretel Heise, sowie Ausführungen über das Organisationsleben. Die monatlichen Abteilungsveranstaltungen würden im demokratischen Sektor stattfinden,

108 BStU, JHS 23711, Studienmaterial zur Geschichte des MfS, Teil II: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung ..., o.O., o.D, [1973].

109 Ebd., S. 82.

110 ZAN, AS 79/59, Bd. 1a, 31 Bl.

111 Ebd., Bl. 26.

die Kreismitgliederversammlungen dagegen in den Westsektoren. Darüber hinaus finden dort auch andere größere Veranstaltungen, Filmvorführungen u. dgl. statt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß an diesen Veranstaltungen auch andere sympathisierenden Bürger aus dem demokratischen Sektor teilnehmen würden. Bei alledem handelte es sich um bekannte Tatsachen, die ebenso den offiziellen Jahresberichten des SPD-Landesverbandes hätten entnommen werden können.

Interessanter ist die grundsätzliche Einschätzung des MfS: „In fast allen Referaten auf diesen Versammlungen kommt die feindliche Einstellung zur SU und DDR zum Ausdruck. Auf einer am 20.12.55 stattgefundenen Weihnachtsfeier der SPD äußerte sich ein Funktionär dahingehend, daß es im nächsten Jahr sowieso andersherum kommt.“<sup>112</sup>

Der Einfluß der SPD in Ostberlin wird sehr differenziert eingeschätzt: „Eine starke Konzentration von SPD-Mitgliedern gibt es im Straßenbahnhof Lichtenberg, wo die Zahl zwischen 80 und 100 Mitgliedern liegt. Schwerpunkte in der Besetzung mit SPD-Mitgliedern sind die verschiedenen Abspannwerke, wo in einigen die Zahl der SPD-Mitglieder höher als die der SED-Mitglieder ist. In den übrigen Betrieben des demokratischen Sektors ist zu verzeichnen, daß der Einfluß der SPD besonders in den Fragen Norm- und Lebensverhältnisse zum Ausdruck kommt, sowie in der Forderung nach 'freien Wahlen'.“<sup>113</sup>

Es folgt eine Übersicht über die Wohngebiete, in denen der Einfluß der SPD nach Ansicht des MfS besonders stark ist. Dazu gehören sowohl typische Arbeiterbezirke als auch Laubensiedlungen am Stadtrand. Einschränkend wird vermerkt: „Im allgemeinen übt die SPD auf die Bevölkerung keinen großen Einfluß aus.“<sup>114</sup>

Zum Schluß werden die Bemühungen der SPD geschildert, den Kreis ihrer Sympathisanten auszuweiten. Dies reicht von Gutscheinen der Arbeiterwohlfahrt an bedürftige Rentner bis hin zu Karten für Veranstaltungen in der Waldbühne.

Trotz dieses relativ friedvollen Bildes erblickte das MfS im Überleben sozialdemokratischer Organisationsstrukturen und Ideologie eine potentielle Gefahr.

In den internen Papieren des MfS dominierte in den Jahren 1956/57 eine oft sehr heftige Kritik an der Arbeit der Sicherheitsbehörden gegen die SPD. Immer wieder wird beklagt, daß es nicht gelungen sei, die „Feindorganisation“ mit qualifizierten Kräften zu unterwandern. Inwieweit es bei dieser Kritik wirklich um die Sache ging, oder ob es sich hierbei primär um Ausdruck des Machtkampfes zwischen Ulbricht auf der einen Seite und dem Minister

112 Ebd., Bl. 27.

113 Ebd., Bl. 28.

114 Ebd.

für Staatssicherheit Wollweber auf der anderen Seite handelte, es schwer zu beurteilen.

Das MfS verfügte offenbar über eine spezielle SPD-Kartei. Dieser Sachverhalt spielt beispielsweise im Operativvorgang „Verschwörer“, d. h. bei der Observation und Liquidierung der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen“ eine Rolle.<sup>115</sup> Die „B-Gruppe“ lieferte in einem „B-Bericht“ Personenbeschreibungen, die anhand der Lichtbilder aus der SPD-Kartei identifiziert werden.<sup>116</sup> Die Beobachtung der SPD-Büros erfolgte aber nicht durchgehend, sondern lediglich bedarfsweise. Die B-Berichte enthalten stets den Vermerk über den Beginn und das Ende der Beobachtung. Offenbar wurden die Büros der SPD auch durch Abhöranlagen überwacht. Zumindest in einem Fall (OV „Verschwörer“) liegen Wortprotokolle von Sitzungen vor, die in den Räumlichkeiten der SPD stattfanden.

Auch die Methoden der Durchdringung der SPD-Organisation mit Spitzeln im wesentlichen die gleichen wie in den siebziger und achtziger Jahren. Die gebräuchliche Bezeichnung war in dieser Zeit noch GI, das bedeutet Geheimer Informant. Die erwähnte „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen“ wurde durch zwei GI überwacht, die sich in das Vertrauen der SPD-Genossen eingeschlichen hatten. Beide Spitzel erhielten für damalige Zeiten erhebliche Geldbeträge für ihre Dienste. In den Unterlagen befinden sich die handgeschriebenen Quittungen. Regelmäßig wurde versucht, verhaftete Angehörige der SPD-Organisation zu Spitzeldiensten zu pressen.

Die SPD versuchte, sich gegen diese Vorgehensweise durch Dekonspiration zu schützen. In einem GI-Bericht vom 17. Oktober 1957 wird diese Taktik geschildert. „Gen. B.“ heißt es in dem Spitzelbericht, „eröffnete die Zusammenkunft um ca. 20.00 Uhr und legte dar, daß besonders in Lichtenberg viele SPD Genossen ... vom SSD wiederholt angesprochen wurden, um über Zusammenkünfte Berichte zu geben. Er sagte, es solle jeder Genosse, der von diesen Leuten besucht werde, zur Partei kommen, denn es gäbe Mittel und Wege diese Genossen zu schützen, falls bei Weigerung irgendwelche Drohungen ausgesprochen werden sollten.“<sup>117</sup> Ein Arbeiter aus dem Kabelwerk Oberspree (KWO) fügte hinzu: „Er sei im Betrieb sehr oft angesprochen worden“, hätte aber unter Berufung auf seine sozialdemokratische Überzeugung die Anwerbungsversuche zurückgewiesen.<sup>118</sup>

Auch sonst ist der OV „Verschwörer“ ein hervorragendes Beispiel für die umfassende Observation der Arbeit der SPD durch das MfS. Der Vorgang

115 BStU, Verwaltung Groß-Berlin, KD Lichtenberg, 283/61, Bd. 1, Bl. 49.

116 Ebd., B-Gruppe i.e. Beobachtungsgruppe, B-Bericht i.e. Beobachtungsbericht.

117 BStU, Verwaltung Groß-Berlin, KD Lichtenberg, 283/61, Bd. 1, Bl. 22; SSD, i.e. Staats-Sicherheits-Dienst, dies war zwar niemals die offizielle Abkürzung des Ministerium bzw. des Staatssekretariats für Staatssicherheit, war aber in den fünfziger Jahren umgangssprachlich und im Westen gebräuchlich.

118 Ebd.

umfaßt 11 Aktenbände aus den Jahren 1958 bis 1962. Der erste Band umfaßt unter der Rubrik „Einleitung des Überprüfungsvorganges“ einige Aktenstücke aus der Zeit seit 1952. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden stand ein „Arbeitskreis Gewerkschaftsfragen“, der von Hermann Berger geleitet wurde. „B. ist Leiter einer illegalen 'Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen'“, heißt in den Stasi-Papieren. „Diese Gruppe setzt sich zusammen aus SPD-Mitgliedern aus VE-Betrieben der Kreise Lichtenberg, Treptow und Köpenick und kommt monatlich einmal im Kreisbüro der SPD Lichtenberg zum 'Erfahrungsaustausch' zusammen. B. soll weiterhin für die gesamte DGB-Arbeit im demokratischen Sektor verantwortlich sein.“<sup>119</sup>

Hermann Berger ist in der Geschichte der Ostberliner SPD kein Unbekannter. Er wurde am 25. Dezember 1897 geboren, war seit 1918 Gewerkschaftsmitglied und seit 1927 Mitglied der SPD. Von 1928 bis 1933 war Berger hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär. Über seine politische Haltung in der nationalsozialistischen Zeit vermerken die Stasi-Akten: „Von den Nazis wurde er wegen seiner Parteizugehörigkeit bedrängt, aber nicht eingesperrt. Während der Nazizeit hat er nie geflaggt.“<sup>120</sup> Er war von Beruf Glaser und arbeitete im Laufe der Jahre in verschiedenen kleineren Werkstätten im Osten Berlins. Bis 1956 war er als Geselle in einer Glaserei in Berlin-Karlshorst tätig, später in einer Werkstatt in Berlin-Biesdorf. Berger lebte seit 1934 mit seiner Frau Frieda (geb. 21.8.1899) und seiner Tochter in einer Laubenkolonie in Berlin-Friedrichsfelde auf dem Terrain des späteren Tierparks.<sup>121</sup> In einem Ermittlungsbericht des MfS aus dem Jahre 1953, der offenbar auf der Basis von Angaben aus der Nachbarschaft zusammengestellt worden war, heißt es: „In der Kolonie übt er die Funktion des Vorstandes aus. Er ist ein sehr intelligenter und redegewandter Mensch, der es versteht, auf Grund seiner typisch sozialdemokratischen Einstellung die Laubenkolonisten für sich einzunehmen. . . . Er bekennt sich offen als Anhänger der rechten SPD-Führung. . . . Er ist Mitglied einer Lehrlingsprüfungskommission im demokratischen Sektor. Durch seinen Beruf führt er des öfteren Arbeiten im Sperrgebiet unserer Freunde durch. Zu diesem Zweck besitzt er ein Dauerausweis (Propos) für das Sperrgebiet unserer Freunde. In moralischer Hinsicht konnte über ihn nicht Nachteiliges ermittelt werden.“<sup>122</sup> In einem anderen Bericht wird im ebenfalls bescheinigt, er sei intelligent, redegewandt und „etwas juristisch vorgebildet“.<sup>123</sup> Weiter heißt es dort: „Er ist leidenschaftlicher Anhänger seiner Partei und benutzt jede Gelegenheit, dafür zu diskutieren. Für indifferente Menschen wäre er

119 BStU, Verwaltung Groß-Berlin, KD Lichtenberg, OV „Verschwörer“, Bd. 1, Bl. 1.

120 Ebd., Bl. 17, Ermittlungsbericht vom 7.1.1954.

121 Berlin-Friedrichsfelde, Kolonie Dauergarten II, Parzelle 14.

122 Ebd., Bl. 3, Ermittlungsbericht MfS, vom 24.3.1953; mit den „Freunden“ sind die sowjetischen Besatzungstruppen gemeint, die im Stadtbezirk Berlin-Karlshorst, wo Berger arbeitete, ihr Hauptquartier hatten. Mit „Propos“ ist ein Propusk, also ein Passierschein, gemeint.

123 Ebd., Bl. 17, Ermittlungsbericht vom 7.1.1954.

geradezu eine Gefahr. In der Diskussion ist er rücksichtslos, nimmt sich kein Blatt vor den Mund, ist aber trotzdem ungeheuer vorsichtig.“<sup>124</sup>

Von 1946 bis 1948 war Hermann Berger Mitglied der SED. Als er 1958 zum Kreisvorsitzenden von Berlin-Köpenick gewählt wurde, äußerte er sich ausführlich über die Motive seine Mitgliedschaft in der Einheitspartei und seinen Austritt im Jahre 1948. Bis zu seiner Wahl in Köpenick übte er neben seiner Tätigkeit im Arbeitskreis für Gewerkschaftsfragen die Funktion eines Kreisschriftführs in Lichtenberg aus.

Im Laufe des Jahres 1956 ging das MfS Hinweisen nach, denen zufolge Berger als „Resident“ des Ostbüros der SPD „... eine Untergrundtätigkeit gegen die DDR durchführt“.<sup>125</sup> Offenbar gab es aber hierfür keine realen Anhaltspunkte. Jedenfalls wurden die Ermittlungen in dieser Richtung nicht weitergeführt. Allerdings heißt es bereits in den Überprüfungsunterlagen von 1956: „Im Kreis Lichtenberg der SPD existiert unter den Leitung eines gewissen Berger eine Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen. Ihr gehören etwa 60–70 SPD-Funktionäre an, die in Volkseigenen Betrieben beschäftigt sind, vornehmlich aus den Kreisen Lichtenberg, Köpenick und Treptow. Im Lichtenberger Kreissekretariat kommen diese Leute alle vier Wochen jeweils am 1. Dienstag im Monat zusammen und tauschen dort Erfahrungen über ihre feindliche Tätigkeit in den Volkseigenen Betrieben aus. ... Diese Arbeitsgemeinschaft versucht, Vertreter aus anderen Kreisen mit hineinzuziehen, was ihr aber nicht immer gelingt. N.N., ..., erklärte in einer privaten Unterhaltung, diese Arbeitsgemeinschaft sei eine heiße Sache. Die Arbeitsgemeinschaft hätte Vertrauensleute in vielen Großbetrieben und er rate keinem SPD-Genossen sich daran zu beteiligen.“<sup>126</sup>

Von einem eingeschleusten Geheimen Informanten (GI) wurde regelmäßig unter dem Decknamen „Max Ziegler“ über die Zusammenkünfte berichtet. Der Spitzel war in Schwierigkeiten geraten, als er eine damals noch streng verbotenen Abtreibung in Westberlin finanzieren mußte. Das MfS half ihm finanziell aus und erpreßte ihn anschließend. Die vorliegenden Berichte führten zu der Entscheidung, den eingestellten Überprüfungsvorgang von 1956 wieder aufzunehmen. „Aus den vorstehenden Feststellungen“, heißt es in dem Aktenvorgang des MfS, „ergibt sich die Notwendigkeit, diese ‚Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen‘ operativ zu bearbeiten und ihre feindliche Tätigkeit aufzuklären.“<sup>127</sup>

124 Ebd.

125 Ebd., Bl. 15, Aktennotiz vom 31.10.1956.

126 Ebd., Bl. 16, Auszug aus Überprüfungsvorgang 429/54 vom 31.10.1956 (Bericht vom 11.5.1954 von GI „Knut“); welche Stellung, die hier als N.N. bezeichnete Person hatte, ist unklar. Aus datenrechtlichen Gründen werden alle Personen, die nicht eindeutig im Sinne des StUG als Persönlichkeiten der Zeitgeschichte anzusehen sind, mit N.N. bezeichnet.

127 Ebd., Bl. 26, Aktenvermerk vom 16.2.1958.

Tatsächlich geben die Berichte des Geheiminformanten „Max Ziegler“ hochinteressante Aufschlüsse über die Themen der abendlichen Diskussionsrunden in der sozialdemokratischen „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen“. Auch von den Teilnehmern entsteht ein offenbar realistisches und lebensechtes Bild. Am 29. November 1957 berichtete „Max Ziegler“: „Es wurde von fast allen Genossen gesagt, wenn der Arbeitskräftemangel ... die Erfüllung der Produktionspläne ... [nicht] infrage [stellen würde] und wenn man uns nicht so nötig brauchte, man uns längst einen Tritt in den Achtern gegeben hätte. Aber wir können feststellen, so paradox es klingen mag, daß ein großer Teil der SPD-Genossen in jeder Hinsicht verlässlicher ist, als ein großer Teil der SED-Genossen, die teilweise nur eine große Klappe haben aber durch Fehltag und teilweise auch durch Faulheit dem Betrieb mehr Schaden zufügen, als es ... tragbar ist. Die SED-Genossen (Bonbon-Träger) müßen ja ein Vorbild sein, doch ist es in den meisten Fällen umgekehrt.“<sup>128</sup>

Als besonders kritisch wurde der Umstand gewertet, daß auch SED-Mitglieder an den Zusammenkünften der Arbeitsgemeinschaft teilnahmen. Unter den regelmäßigen Teilnehmern der Gruppe dominierten – soweit die Personalien bei der Stasi erfaßt waren – qualifizierte Arbeiter. Ein Werkzeugmacher, der in der Fachhochschule für Schwermaschinenbau und Elektrotechnik in Berlin-Lichtenberg tätig war befand sich darunter; ein Schlosser aus dem Transformatorenwerk Oberschöneweide (TRO); ein Konstrukteur aus dem VEB Funkwerk Köpenick; sowie ein Mitarbeiter der Abteilung Jugendfragen des Magistrats von Groß-Berlin, der von Beruf Ofensetzer und Fließenleger war.<sup>129</sup> Zwei der hier genannten Personen waren laut den Stasi-Unterlagen Mitglieder der SED.<sup>130</sup>

Neben Hermann Berger hat in der „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftsfragen“ auch der Kreisvorsitzende der SPD in Berlin-Lichtenberg, Rudolf Müller (geb. 1910 in Görlitz), ein Rolle gespielt. Er wurde vom MfS als „... der politische Kopf und Drahtzieher des Arbeitskreises eingeschätzt“.<sup>131</sup>

Das Hauptziel der Ermittlungsbehörden war die Identifizierung der Teilnehmer des Arbeitskreises. Aufgrund von Fotos und Personenbeschreibungen und Äußerungen in den Diskussionen, die Rückschlüsse auf den Arbeitsplatz, den Wohnort oder ähnliches zulassen, wurden von den Spitzeln und deren Führungsoffizieren lange Listen angefertigt. Sie enthalten etwa vierzig Personen, die allerdings nur zum Teil namentlich identifiziert wurden. Eine dieser Listen versucht eine Aufschlüsselung nach Betriebszugehörigkeit.<sup>132</sup>

128 Ebd., GI-Bericht „Max Ziegel“ vom 29.11.1957.

129 Ebd., Bl. 69, Vermerk vom 23.4.1958.

130 Ebd.

131 Ebd., Bl. 89.

132 Ebd., Bl. 339, Bericht über SPD-Arbeitskreis Gewerkschaftsfragen vom 7.7.1958.

	Bekannte Teilnehmer	Unbekannte Teilnehmer
TRO	6	1
KWO	3	1
RFT	3	–
AFO	4	–
WF	1	1
BVG	1	–
Reichsbahn	1	1
Volksbau/Mitte	1	–
EAW Treptow	1	–
BEWAG Lichtenberg	–	6
Bergmann-Borsig <sup>133</sup>	1	–

Hinzu kamen zwei selbständige Handwerker sowie weitere elf Personen, deren Arbeitsstellen nicht bekannt waren.<sup>134</sup>

Es handelte sich hierbei in den Augen der Teilnehmer keineswegs um eine illegale Organisation sondern um eine Veranstaltung einer legalen Partei. Praktisch war ein informationelles Netzwerk entstanden, es wurden Informationen ausgetauscht über die Stimmung im Betrieb, über das Vorgehen der SED, über arbeitsrechtliche Fragen usw. In den Augen der kommunistischen Obrigkeit war dies eine hochbrisante Angelegenheit. Zu Recht oder Unrecht fürchteten sie, daß die hier gewonnenen Erkenntnisse dem Ostbüro der SPD zugänglich gemacht und damit von den westlichen Nachrichtendiensten abgeschöpft würden. Besonders aber fürchtete sie eine Organisation der Teile der Arbeiterschaft, die ihr nicht wohlgesonnen war. Spätestens seit dem 17. Juni 1953 war ihr bewußt, daß es sich dabei zumindest potentiell um eine große Mehrheit handelte.

Bei aller gebotenen Zurückhaltung in der Argumentation zeigt sich die Gegnerschaft der anwesenden Arbeiter gegenüber dem SED-Regime sehr deutlich. Insbesondere bei den zu Papier gebrachten Tonbandmitschnitten zeigt sich dies sehr eindeutig. Hier ist die Lebenshaltung der sozialdemokratischen Arbeiter deutlich dokumentiert. Am 26. Juni 1958 äußerte sich Hermann Berger zu den Entlassungen in Berliner Großbetrieben und stellte dies in Zusammenhang mit der vermeintlich am 17. Juni 1958 erfolgte Hinrichtung von Imre Nagy durch die ungarischen Kommunisten.<sup>135</sup> Das Datum der Hinrichtung wurde zumindest in der DDR als symbolisch begriffen. „Das

133 TRO = Transformatorenwerk Oberschöneweide, KWO = Kabelwerk Oberspree, RFT = Werk für Rundfunk- und Fernmeldetechnik, AFO = (?), WF = Werk für Fernmeldetechnik, BVG = Berliner Verkehrsgesellschaft, EAW = Elektroapparatewerk, BEWAG = Berliner Elektrizitäts- und Wasser AG.

134 Ebd.

135 Tatsächlich fand die Hinrichtung am 16. Juni 1958 statt und wurde am darauffolgenden Tag gemeldet.

liegt nämlich ... genau ... in dieser Linie drinne“, meinte der SPD-Funktionär, „Abschreckung. Mit den härtesten Mitteln abschrecken, und es besteht tatsächlich eine Gefahr ... wenn wir uns da nicht irgendwie wehren, daß sie vielleicht nicht heute und morgen, auf lange Sicht hin, das Ziel erreichen. Erstens hat dies zur Folge, ... daß eine ganze Reihe von Genossen nach Westberlin gegangen sind ... Aber dazu kommt noch hinzu, und das kann ich auch hier aufmerksam beobachten, daß die Mitglieder ... jetzt ängstlicher werden, die trauen sich nicht in Versammlungen, trauen sich nicht mehr richtig zu bekennen, daß sie Sozialdemokraten sind, versuchen sogar, sofern sie in Betrieben sind, wo sie Fragebogen usw. ausfüllen, jetzt ihr Mitgliedsbuch zu verheimlichen, wenn sie auch nicht austreten.“<sup>136</sup> In der gleichen Rede umriß Berger die sozialdemokratische Strategie gegenüber der SED, die aus einer Mischung von Abwarten und deutlicher Abgrenzung bestand. Er meinte: „Kommt um Gotteswillen von der Idee ab, daß ihr vielleicht durch Diskussionen jemand von diesen Burschen überzeugen könnt ... es kommt ja nicht auf SED-Onkels an, die wollen wir ja nicht überzeugen ... , eure Kollegen wollen wir ... überzeugen, daß wir als Sozialdemokraten uns von denen nicht kriegen lassen. Dazu gehört eine anständige, saubere, kollegiale Haltung und eine einwandfreie politische Benimmse. Weiter ist nichts notwendig.“<sup>137</sup>

#### 8. *Die Politik der Ostberliner Behörden gegenüber der SPD- Organisation*

Aus dem Notwendigkeit der Respektierung alliierter Interessen ergaben sich für die SED extrem eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten. Dies versuchte die ansonsten an ihre Allmacht gewohnte Staatspartei durch eine kleinliche aber auf die Dauer nicht wirkungslose Politik von Restriktionen und Nadelstiche auszugleichen. Die Unterlagen der SPD-Kreisorganisationen von Ostberlin bestehen zu einem nicht unwesentlichen Teil aus den archivalischen Hinterlassenschaften dieses Kleinkriegs.

Als Beispiel soll im folgende der Versuch der Ostberliner Verwaltung dargestellt werden, unter fadenscheinigen Vorwänden die Räumlichkeiten der Kreisbüros zu kündigen.

Im Januar 1952 erhielten mehrere Kreisbüros der Ostberliner SPD inhaltlich ähnlich lautende Schreiben, in denen ultimativ die Räumung ihrer Büroräume gefordert wurde.<sup>138</sup>

136 Ebd., Bl. 324, Bericht vom 21.7.1958 über Tagung des SPD-Arbeitskreises Gewerkschaftsfragen am 26.6.1958.

137 Ebd., Bl. 328.

138 Vgl. Rexin a.a.O., S. 21.

Mit Datum vom 10. Januar 1952 erhielt die SPD-Kreisleitung Prenzlauer Berg ein Schreiben, in dem mitgeteilt wurde, daß die von der SPD genutzten Räume gekündigt seien. In dem Schreiben des Bezirksamtes Prenzlauer Berg heißt es: „Auf Antrag des Hauptmieters der von Ihnen genutzten . . . Räume, nämlich des Magistrats von Groß-Berlin, Bezirksamt Prenzlauer Berg, heben wir hierdurch die Ihnen am 28. August 1947 erteilte endgültige Einweisung als irrigen Verwaltungsakt auf. Der Hauptmieter hat unter Beweis gestellt, daß die Räume zum Zeitpunkt der endgültigen Einweisung . . . noch vertragsgebunden waren. Gleichzeitig macht der Hauptmieter berechtigten Eigenbedarf geltend auf die von Ihnen z.Zt. genutzten Räume. Wir ersuchen Sie daher, die Räume bis zum 25. Januar 1952 freizumachen.“<sup>139</sup>

In dem Brief an die Kreisorganisation Lichtenberg wird der SPD sogar vorgeworfen, sie hätte den „wertvollen Wohnraum wohnungssuchenden Personen“ entzogen. „Durch diese Ihre Handlungsweise ist nicht nicht nur das öffentliche Interesse nämlich Erhaltung und Gewinnung von Wohnraum geschädigt, sondern Sie haben damit die Wohnungsbehörde beim Erlangen der Zuweisung der Räume getäuscht.“<sup>140</sup>

Mit Datum vom 8. Januar 1952 wurde dem Kreisverband Berlin-Mitte vom Wohnungsamt des Stadtbezirks mitgeteilt, daß ihre Räumlichkeiten in der Friedrichstraße 167 ab 1. Februar 1952 von einem „wirtschaftlich wichtigen Betrieb“ übernommen werden sollten. „Wir bitten Sie, die Räume bis zu diesem Zeitpunkt spätestens frei zu machen“, heißt es in dem Schreiben lapidar. „Sollte dies nicht der Fall sein, so würden wir uns leider veranlaßt sehen, eine Räumung am 3.2.52 von uns aus vorzunehmen.“<sup>141</sup>

Am 14. Januar 1952 verabschiedete eine Funktionärsversammlung der SPD-Kreisorganisation ein als „Protestresolution“ bezeichnetes Schreiben. Darin heißt es: „Die Funktionäre des Kreises Mitte der SPD stellen fest, daß diese Beschlagnahme jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt und als ein frappanter Verstoß gegen die primitivsten Rechtsverhältnisse anzusehen ist. Diese Zwangsmaßnahme bedeutet nichts weiter als ein reiner Willkürakt gegen die SPD und steht im Widerspruch zu Worten Eberts und Grotewohls usw., die eine freie politische Tätigkeit aller Bürger im demokratischen Sinne zusichern. Sie ist auch weiter ein Verstoß gegen die Verfügung aller vier Besatzungsmächte vom 31. Mai 1946. . . .“

Die SPD Kreis I Mitte wird nichts unterlassen, um bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf diesen undemokratischen Zustand hinzuweisen.

139 SAPMO, BPA II/4–089, Schreiben Magistrat von Groß-Berlin, Bezirksamt Prenzlauer Berg, Abt. Sozialfürsorge, Wohnungsamt an SPD-Kreisleitung Prenzlauer Berg vom 10. Januar 1952.

140 SAPMO, BPA II/A/4–083, Magistrat von Groß-Berlin, Bezirksamt Lichtenberg, Bezirksabt. Sozialfürsorge, Wohnungsamt an SPD Lichtenberg vom 9. Januar 1952.

141 SAPMO, BPA II/A/4–084, Magistrat von Groß-Berlin, Bezirksamt Mitte, Sozialfürsorge, Wohnungsamt an SPD Bezirksverband Berlin, Kreis 1, Mitte vom 8. Januar 1952.

Die vielen uns zugegangenen Sympathieerklärungen aus weiten Teilen der Bevölkerung in den letzten Tagen bestärken die Haltung der Funktionäre und Mitglieder der SPD in ihrem politischen Kampf um Demokratie, Freiheit und Recht.“<sup>142</sup>

Auch in den SPD-Kreisbüros von Weißensee und Pankow trafen Kündigungsschreiben des Wohnungsamtes ein.<sup>143</sup> Am 12. Januar 1952 erfolgte in Weißensee ein Einspruch an den Rat des Stadtbezirks.<sup>144</sup> Am 17. Januar folgte eine Eingabe bei der Schiedskommission.<sup>145</sup> Bereits am 21. Januar wurde „Entwarnung“ gegeben. Laut einer internen Aktennotiz des SPD-Kreisvorstandes Weißensee erfolgte ein Anruf der Berliner Zeitung. Ein Mitarbeiter der Abteilung „Innenpolitik“ versicherte: „Die Redaktion wäre der Sache (unsere Ausweisung) nachgegangen und hat festgestellt, daß unserem Einspruch nachgegangen werden dürfte und keine Befürchtung besteht, daß wir ausgewiesen würden.“<sup>146</sup> Da es sich bei der Berliner Zeitung um das Organ der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin handelte, hatte diese Mitteilung faktisch einen amtlichen Charakter. Man versuchte jetzt die Exmittierung der SPD-Büros als Verwaltungsakt untergeordneter Behörden darzustellen.

Der Versuch der Ostbehörden, unter fadenscheinigen Vorwänden, die SPD aus ihren Kreisbüros zu verdrängen, erregte beträchtliches öffentliches Aufsehen. Möglicherweise war die SED auch den sowjetischen Stellen zu weit gegangen. Vielleicht wirkte auch die Drohung Westberliner Stellen, ihrerseits der gegen die SED und deren Nebenorganisationen (FDJ, FDGB usw.) mit ähnlichen Mitteln vorzugehen. Jedenfalls mußten die Wohnungsämter ihre Kündigungsandrohungen zurücknehmen. Man versuchte jetzt scheinheilig den Eindruck zu erwecken, als hätte es sich um einen Verwaltungsirrtum gehandelt. Am 16. Januar 1952 teilte das Amt für Information des Magistrats von Groß-Berlin mit, die von der Westpresse wiederholt verbreiteten „Lügenmeldungen über eine angebliche Schließung von SPD-Kreisbüros“ seien falsch. „Sämtliche Büros der Sozialdemokratischen Partei im demokratischen Sektor“, hieß es in der Pressemitteilung, „sind nach wie vor geöffnet und arbeiten ungestört.“<sup>147</sup> Zur Begründung des behördlichen Vorgehens wurde ausgeführt: „Im Zuge der Feststellung der Bezirkswohnungsämter zur Erfassung zweckentfremdeten Wohnraums wurden auch Büros der Sozialdemokratischen Partei

142 Sapmo, BPA II/A/4-084, Protestresolution, gez. Kurt Haase (Kreisvorsitzender SPD Berlin-Mitte) vom 14. Januar 1952.

143 SAPMO, BPA II/A/4/102, Schreiben Bezirksamt Berlin-Pankow an SPD-Kreisvorstand Berlin-Pankow vom 12.1.1952; Schreiben Bezirksamt Berlin-Weißensee, Bezirksabteilung Sozialfürsorge und Wohnungswesen, Wohnungsamt an SPD-Kreis Berlin-Weißensee vom 9.1.1952.

144 SAPMO, BPA II/A/4/102, Schreiben SPD-Kreissekretariat Berlin Weißensee an Bezirksabteilung Sozialfürsorge und Wohnungswesen, Wohnungsamt vom 12.1.1952.

145 SAPMO, BPA II/A/4/102, Schreiben SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee an Schuh (Bezirksamt Berlin-Weißensee) vom 17.1.1952.

146 SAPMO, BPA II/A/4/102, Aktennotiz vom 21.1.1952.

147 Tägliche Rundschau, 17. Januar 1952.

erfaßt. Dabei stellte sich heraus, daß einige Kreisvorstände ohne rechtliche Grundlage ihre Räume benutzen. Anstatt durch gütliche Vereinbarung die Rechtslage herzustellen, haben einzelne Bezirkswohnungsämter unter Hinweis auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen administrative Maßnahmen eingeleitet.<sup>148</sup> Auch das „Neue Deutschland“ veröffentlichte am 17. Januar einen „Exklusiv-Bericht“ zweier Reporterinnen, die sich an Ort und Stelle davon überzeugte, daß die SPD-Büros geöffnet waren. „... überall herrschte der übliche Geschäftsbetrieb“, heißt es in dem ND-Bericht. „Allerdings waren mit einer einzigen Ausnahme in den Büros außer dem Kreissekretär nur eine oder zwei weitere Personen anzutreffen ... Alle SPD-Kreisbüros befinden sich innen und außen in unbeschädigtem Zustande. Einzelnen merkt man von außen an, daß die Parteiführung kein Geld für ihre äußere Aufmachung zur Verfügung stellt. Andere – z. B. in Lichtenberg – prangen im Schmuck neuer Transparente. In verschiedenen Büros wurde Propagandamaterial für die Bonner Spalter- und Remilitarisierungspolitik offen gezeigt.“<sup>149</sup>

Ein anderes Beispiel für die erwähnte Politik der Nadelstiche ist die jahrelange Auseinandersetzung um die ein Meter hohe Aufschrift „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ an der Außenfassade des Kreisbüros in der Caseler Straße in Berlin-Weißensee. Aus verständlichen Gründen war diese gut sichtbare Werbung für eine Feindorganisation mitten im eigenen Herrschaftsgebiet der SED ein Dorn im Auge. Und sie versuchte immer wieder, die SPD zu veranlassen, die Beschriftung zu entfernen.

Am 28. Oktober 1959 teilte die Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) dem Kreisvorstand der SPD von Weißensee schriftlich mit, daß sie sich „aufgrund des Mieterwechsels ... leider genötigt“ sehe, „die Anbringung von Firmenschildern sowie die Ihnen am 17.7.1957 erteilte Genehmigung zur Anbringung der zwei Lampen an der Außenfront der Fassade mit sofortiger Wirkung aufzuheben.“<sup>150</sup> Weiter heißt es in dem Schreiben der KWV: „Entsprechend einer Anweisung des Rates des Stadtbezirks Weißensee wird dieser Fassadenraum unserem neuen Mieter, der Gesellschaft für Sport und Technik, zur Anbringung einer Sichtwerbung zur Verfügung gestellt. Die Bedeutung der Gesellschaft für Sport und Technik innerhalb unseres Aufbaus des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats Deutschlands ist vorrangig.“<sup>151</sup>

Der SPD-Kreisvorstand Weißensee antwortete auf diese Mischung aus politischer Agitation und deutscher Amtsschimmelerei mit einem energischen politischen Protest, dem Verweis auf die baupolizeiliche Genehmigung vom

148 Ebd.

149 Neues Deutschland, 17. Januar 1952.

150 SAPMO, BPA II/A/4/102, Schreiben Krüger (VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Weißensee) an Jung (SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 28.10.1959).

151 Ebd.

24. April 1947 sowie dem Hinweis auf die Alliierte Anweisung 46/248, „derzufolge auch die SED ihre Parteizentrale in Berlin-West durch Schilder kenntlich macht.“<sup>152</sup>

Schließlich gaben die Behörden nach. Am 10. Dezember 1959 wurden die Bauzeichnung mit der Fassadengestaltung durch Stempel und Unterschrift vom Stadtbezirksbauamt und der Staatlichen Bauaufsicht genehmigt.<sup>153</sup> Lediglich das Schild der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zwischen den Fenstern wurde moniert. Am 30. Juni 1960 wurde aber auch dieses Schild, allerdings nur einige Meter nach links versetzt, von der Bauaufsicht genehmigt.<sup>154</sup>

Durch eine Politik kleinlicher Schikanen versuchte man seitens der DDR-Stellen insbesondere die Kontakte zwischen den Ostberliner Sozialdemokraten und der Westberliner Organisation zu stören. Als Beispiel mag ein Vorfall aus dem Jahre 1959 dienen. Es war üblich, in der Vorweihnachtszeit ältere SPD-Genossen aus dem Ostsektor einzuladen und ihnen kleinere Geschenke zu überreiche. Bei der Rückfahrt wurden die Rentner von den Zollorganen der DDR aufgehalten, ihre Geschenkpackchen mit Mehl, Milchpulver und Käse wurden beschlagnahmt und sie selbst bis 4.00 Uhr morgens von den Zollbeamten vernommen. In einem Schreiben vom 23. Dezember 1959 wird seitens der SPD gegen diese Verfahrensweise Einspruch erhoben: „Wir protestieren gegen diese aller Menschlichkeit hohnsprechende Auslegung der Verordnung vom 2.9.1954. Sie richtet sich gegen die Tätigkeit der SPD, die in ganz Berlin legal ist; wir müssen annehmen, daß durch solche unwürdige Behandlung einzelner Mitglieder eine Schikane ausgeübt werden soll. Diese Annahme stützt sich vor allem auf loyalere Handhabungen Ihrer Organe in früheren Fällen, in denen wir nach telefonischer Unterrichtung klärend wirken und solche unwürdigen Fälle vermieden werden konnten. Wir müssen annehmen, daß verschärfte Anweisungen Ihrerseits neuerdings vorliegen.“<sup>155</sup> Am 4. Januar 1960 teilten die Zollorgane mit, daß „... nach Überprüfung der og. Beschlagnahmungsvorgänge bereits zwischenzeitlich auf Freigabe der beschlagnahmten Waren entschieden [wurde].“<sup>156</sup>

Die genannten Beispiele zeigen, daß energische Proteste oft zum Erfolg geführt haben.

Die Politik der SED-Behörden gegenüber der SPD unterlag beträchtlichen Schwankungen, die in der Regel Ausdruck der „Großwetterlage“ waren. Im

152 SAPMO, BPA II/A/4/102, Schreiben Berger-Heise (SPD Kreisvorstand Berlin-Weißensee) an VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Weißensee vom 29.10.1959.

153 SAPMO, BPA II/A/4/102, Bauzeichnung.

154 SAPMO, BPA II/A/4/102, Bauzeichnung; Postkarte Rat des Stadtbezirks Berlin-Weißensee an Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin vom 30.6.1960.

155 SAPMO, BPA II/A/- 089, Schreiben SPD- Kreisvorstand Berlin-Prenzlauer Berg an Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs vom 23. Dezember 1959.

156 Ebd., Schreiben Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs an SPD-Kreisvorstand Berlin-Prenzlauer Berg vom 4. Januar 1960.

Jahre 1955 schienen sich neue Repressivmaßnahmen anzudeuten. Auf der anderen Seite war auch die Sprache der SPD so offen wie selten. So wurde beispielsweise am 17. Oktober 1955 auf einer Kreisdelegiertenversammlung in Weißensee eine Entschließung gefaßt, in der unter Berufung auf die Abmachungen zwischen Adenauer und der sowjetischen Führung über die Freilassung der letzten Kriegsgefangenen forderte: „Angesichts dieser Entlassungsmaßnahme hält sie es für an der Zeit, daß die Sowjetzonenbehörden sich daran ein Beispiel nehmen und in kürzester Frist alle politischen Gefangenen, die in Lagern, Gefängnissen und Zuchthäusern der Sowjetzone schmachten, entlassen.“<sup>157</sup>

Die Hochburgen der Berliner SPD befanden sich traditionell in den Laubenkolonien der östlichen Stadtbezirke, insbesondere in Friedrichshain, Lichtenberg und Weißensee. Dort hatte das sozialdemokratische Milieu eine große Resistenz gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern bewiesen. Nun gedachte man offenbar auch die kommunistische Zeit zu überstehen. Der SED waren diese sozialdemokratischen Fluchtburgen von Anfang an ein Dorn im Auge.

Bereits Anfang 1949 berichtet der SPD-Kreisvorstand in einem Schreiben über Versuche der SED, in die bestehenden Strukturen der Kleingärtnerverbände einzudringen. Es ging dabei um eine Fragebogenaktion der SED-Instanzen, die von der SPD als unrechtmäßig und bedrohlich angesehen wurde. „Am 14.3.1949 beschäftigte sich der Bezirksverband der Kleingärtner Weißensee damit und es stellte sich heraus, daß viele Kolonien in Weißensee in ihren Versammlungen klar zu erkennen gegeben haben, daß sie mit dem SED-Kurs nicht einverstanden sind“, heißt es in dem Schreiben.<sup>158</sup> Weiter wird in dem Brief die Reaktion eines SED-Funktionärs geschildert. Dieser meinte: „... der Fragebogen sei viel zu zahm und einzelne Kolonien, z. B. Land der Sonne ... müßten neue Versammlungen durchführen, da in den letzten Versammlungen die SED-Resolution abgelehnt wurden. Man würde mit den nazistischen und „Anderen“ Elementen abrechnen. Außerdem würde viel zu wenige Politik auf den Kolonien betrieben. Da sehr viele Sozialdemokraten unter den Kleingärtnern und Siedlern sind, ist zu befürchten, daß die SED ihnen die Grundstücke abnehmen will. Diese Menschen würden Garten und Wohnung verlieren.“<sup>159</sup>

Immer wieder gab es seitens der SED Versuche, den sozialdemokratischen Einfluß in den Laubenkolonien zu brechen. Im Sommer 1958 entfesselte die SED-Presse eine Hetzkampagne gegen den SPD-Funktionär Otto Wisbor (geb. 1898), der als stellvertretender Kreisvorsitzender von Lichtenberg, sowie als Abteilungsleiter der Gruppe 17/9 (Kaulsdorf) bekannt war. Bei

157 Ebd., Entschließung der Kreisdelegiertenversammlung von Berlin-Weißensee vom 17. Oktober 1955.

158 SAPMO, BPA II/A/4/110; Schreiben SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 16.3.1949.

159 Ebd.

Kaulsdorf handelt es sich um eine typische Stadtrandsiedlung mit Lauben und kleineren Häusern. Unter dem Titel „In Kaulsdorf wird geistiges Unkraut gejätet“ wird über eine Versammlung der Kleingartensparte berichtet. Auf dieser Versammlung wurde versucht, die Sozialdemokraten, die sich bei den Kleingärtnern offenbar einer gewissen Sympathie erfreuten, in die Ecke der Friedensfeinde zu stellen. „Herr Wisbor“, heißt es in dem Artikel, „hat es den Versammlungsteilnehmern trotz seiner agitatorischen Mätzchen nicht schwergemacht, zu erkennen, daß er sich zu Unrecht Sozialist nennt, daß er die Interessen der sozialdemokratischen Arbeiter verrät, daß seine Beteuerungen vom Friedenswillen hohle Phrasen sind. ... Bedauerlich ist nur, daß ... Wisbor in der Kleingartenanlage Kaulsdorf-Süd offenbar einige Anhänger gefunden hat. Aber sie sind in der Minderheit und wenn die fortschrittlichen Kaulsdorfer Bürger, allen voran die Partei der Arbeiterklasse, die SED, jetzt mit Konsequenz die Auseinandersetzung weiterführen, wird es nicht schwer sein, sie auf den richtigen Weg des Sozialismus zu führen.“<sup>160</sup>

### 9. *Der Organisationsalltag der SPD in Ostberlin in den fünfziger Jahren*

Nach der Überwindung der ersten Übergangsschwierigkeiten im April/Mai 1946 konnte die SPD im Sowjetischen Sektor von Groß-Berlin offenbar relativ frei arbeiten. Nach den Wahlen vom 20. Oktober 1946 verfügte sie sogar über beträchtlichen Einfluß auf die Kommunalpolitik. Relativ ungehindert konnten Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden oder in gemieteten Lokalitäten stattfinden. Gegenüber der Besatzungsmacht bemühte man sich um ein gutes Einvernehmen, die SED wurde propagandistisch recht offen kritisiert. Man fühlte sich im Grunde als der politisch überlegene Partner. In der praktischen Arbeit gab es sogar eine Reihe Berührungspunkte.

Es folgten die Jahre der offenen Repression, der Isolation, der kleinen Nadelstiche und des systematischen Verdrängens aus dem öffentlichen Leben. Im Kreis Weißensee haben sich die Jahresberichte seit 1953 erhalten, die hiervon berichten. In der Einleitung zum Bericht für das Jahr 1953 heißt es: „Entsprechend den politischen Verhältnissen unter denen unsere Partei existiert, ist kaum ein sichtbarer Konnex zur Außenwelt vorhanden, so daß unsere Aufgabe in erster Linie darin besteht, das Gefüge unserer Mitgliedschaft zu pflegen und zu erhalten. Es ist seit geraumer Zeit nicht mehr möglich, außerhalb des Kreisbüros Versammlungen durchzuführen. Direkte Verbote wurden nicht ausgesprochen, jedoch fand man außergewöhnliche Motivierungen wie 'Kabelbrand', Termenschwierigkeiten und man sagte in letzter Minute ab. Nicht zuletzt nahm uns kein Gastwirt mehr in seine Räume

auf, da er den Konzessionsentzug fürchtete.“<sup>161</sup> Der gleiche resignative Ton durchzieht auch die Berichte der folgenden Jahre. Es wird von kleinlichen Schikanen berichtet, von Vorladungen zum VP-Revier und stundenlangen Propaganda-Reden, denen die SPD-Mitglieder dort ausgesetzt war.<sup>162</sup> Im Jahresbericht für 1955 heißt es: „Die nach der Genfer Konferenz von unserer Seite so sehr erwartete Entspannung der politischen Lage trat leider nicht ein. An der politischen Haltung der hiesigen Machthaber unserer Partei gegenüber hat sich bisher in unserem Bezirk noch nichts geändert, jedenfalls nicht zum Guten. Man beschneidet uns unsere Freiheit, soweit man irgend kann.“<sup>163</sup> Im letzten Bericht für die Jahre 1959/60 schreibt der Verfasser: „Es hat sich in unserem Kreis an der politischen Lage unserer Partei nur insofern etwas geändert, als sich durch die Aussichtslosigkeit auf die Wiedervereinigung Deutschlands und durch die zeitweilige Bedrängung seitens der SED immer mehr Genossen absetzen.“<sup>164</sup>

Eins der schwierigsten Probleme der Ostberliner SPD war die allmähliche Abwanderung ihrer Mitglieder in den Westen. Die Politik der SED-Behörden war, wie oben geschildert, auf systematische Verdrängung angelegt. Man hoffte so, daß Problem einer Oppositionspartei im eigenen Machtbereich langfristig lösen zu können. Insbesondere jüngere und noch im Berufsleben stehende Personen und deren Familien waren der Politik des allmählichen Abwürgens ausgesetzt. Dazu kam das allgemeine Gesetz der Schwerkraft, das die Menschen in den Westen zog und natürlich auch an SPD-Mitgliedern auf die Dauer nicht spurlos vorüberging.

Die SPD hatte allerdings kaum Möglichkeiten, sich gegen den Umzug ihrer Mitglieder nach Westberlin oder in die Bundesrepublik zu wehren, zumal man sich den Begründungen für den Umzug nach Westberlin oder Westdeutschland schwer entziehen konnte. Den Zwiespalt, in dem sich die SPD bewegte, ähnelt strukturell dem der Kirchen und der späteren DDR-Opposition in den achtziger Jahren. Auf der einen Seite war die Forderung nach Freiheit der Ausreise für alle Menschen eine ihrer zentralen Forderungen, andererseits erwarteten sie von ihren eigenen Mitgliedern und Funktionsträgern nicht davonzulaufen. Den Zwiespalt illustriert ein Antrag des Kreisdelegiertentages von Weißensee an den bevorstehenden Landesparteitag vom 16. Oktober 1951: „Trotz gegenteiliger Beschlußfassung häufen sich auch weiterhin die Fälle, daß Funktionäre und Genossen aus dem Ostsektor in den Westsektor übersiedeln. Nur in wenigen Ausnahmen ist der tatsächliche Grund dazu wirklich die Gefährdung der persönlichen Sicherheit. In der

161 SAPMO, BPA II/A/4–101, Jahresbericht SPD-Kreisverband Berlin-Weißensee 1953, 8 Bl., hier Bl. 1.

162 Ebd., Jahresberichte 1954, 8 Bl., hier Bl. 1.

163 Ebd., Jahresbericht 1955, 9 Bl., hier Bl. 1.

164 Ebd., Jahresbericht 1959/1960, 12 Bl., hier Bl. 1.

Mehrzahl ausschlaggebend aber sind die beruflichen und wirtschaftlichen Vorteile, die das Leben in Westberlin bieten. Bei der Weiterentwicklung dieser Verhältnisse muß sich daraus in allernächster Zeit zwangsläufig die Auflösung der Parteiorganisation in den Ostkreisen ergeben. Die nicht gerechtfertigte Übersiedlung jedes verantwortlichen Funktionärs erschüttert das Vertrauen und den Zusammenhalt in Mitgliederkreisen mehr, als die Zurückbleibenden mit verstärktem Einsatz gutmachen können. Der Parteitag fordert die Bildung einer Kommission der Ostkreise im Rahmen des Landesverbandes, die allein berechtigt ist, Entscheidungen der Kreise entgegen zu nehmen und zur weiteren Veranlassung an die dafür zuständigen Stellen zu leiten.“<sup>165</sup>

Die vielfältigen Restriktion durch die Behörden führten zu einer Konzentration der Arbeit auf unpolitische Veranstaltungen.

Es bildete sich offenbar eine „Ideologie des Überlebens“ heraus. Das Hauptbestreben war es, die Organisation zu erhalten, auch um den Preis eines gewissen Wohlverhaltens gegenüber den SED-Instanzen. Ein Teil der Organisationsarbeit verlagerte sich im Laufe der Jahre naturgemäß in den Westen. Während die in der Regel zweimonatlich stattfindenden Abteilungsversammlungen im Ostsektor durchgeführt wurde, fanden die Mitgliederversammlungen der Kreisorganisationen in Westberlin statt. Darüber hinaus fanden in Westberlin Veranstaltungen der Ost-Kreise statt. Beliebt waren insbesondere Filmvorführungen, aber auch Diskussionsveranstaltungen, Vorträge usw. Vom Landesvorstand wurden Wochenendschulungen für die Funktionäre der Ostberliner Kreise durchgeführt sowie Reisen nach Westdeutschland veranstaltet, die nach Aussagen des MfS vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen finanziert wurden.<sup>166</sup> Auch das August-Bebel-Institut führte Kurse durch, in denen nach Ansicht der Staatssicherheit „... auch Thesen behandelt werden, die einen negativen Inhalt gegenüber der SU und der DDR haben. Dabei ist es vorgesehen, diese Lehrgänge in mehreren Stadtteilen durchzuführen, um den 'Mitbürgern aus dem Ostsektor' die Teilnahme zu erleichtern.“<sup>167</sup>

Die Stasi-Analyse aus dem Jahre 1956 gibt mehrere Schwerpunkte an, in denen sich der Einfluß von SPD-Mitgliedern konzentriert. Insbesondere waren dies laut MfS die Abspannwerke, in denen die Zahl der Sozialdemokraten diejenige der SED-Mitglieder überwog. Regional gesehen gaben die Stadtbezirke Prenzlauer Berg die Wohngegend Lychener und Glenirstraße, in Weißensee die Stadtrandsiedlung, die Niles-Siedlung und Malchow, sowie in Lichtenberg die Ortsteile Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf Anlaß zur Sorge. Es handelt sich also zum einen um typisch proletarische Wohngegenden im Zentrum und um Laubenkolonien im Osten und Norden der Stadt.

165 SAPMO, BPA II/A/4–100.

166 BUST, ZAIG, Analyse über die Tätigkeit und den Einfluß der SPD und des SPD-Ostbüros in der DDR vom 3.3.1956, Bl. 27.

167 Ebd., Bl. 28.

Finanziell werde die SPD durch Geschäftsinhaber und Handwerkerkreise unterstützt, wurde in den Stasi-Bericht behauptet. Das Verbandsleben wird in der Analyse des MfS folgendermaßen geschildert: „Der aktivste Teil der SPD-Mitglieder im demokratischen Sektor sind die gewählten Funktionäre. Sie nehmen im allgemeinen regelmäßig an den Versammlungen und Funktionsbesprechungen teil. Bei den Wahlen tritt in Erscheinung, daß ein großer Teil der bisherigen Funktionäre wieder aufgestellt wird und dadurch schon seit Jahren die gleichen Mitglieder zum Funktionärskörper gehören. An den Abteilungsversammlungen nehmen durchschnittlich 30–50 % der Mitgliedschaft teil.“<sup>168</sup>

Ein weiteres Feld der Tätigkeit war die Arbeiterwohlfahrt. Durch Vergabe von Gutscheinen an Rentner und Bedürftige hatte die SPD Möglichkeiten die Versorgungsschwierigkeiten im Osten zu mildern. Für diese Gutscheine konnte sich die betreffenden Personen Lebensmittelpakete bei der Arbeiterwohlfahrt in der Möckernstraße in Kreuzberg abzuholen. „Durch diese Maßnahme schafft sich die SPD einen großen Kreis mit ihr sympathisierender Personen“, heißt es in dem Stasi-Bericht.<sup>169</sup>

Beliebt waren auch Veranstaltungen in der Waldbühne, für die von der SPD Karten ausgegeben wurden. Von der Stasi wurde registriert, daß für eine derartige Veranstaltung im VEB TRO von der dortigen SPD 1.800 Karten vergeben wurden. Mit solchen Mitteln gelang es der SPD, trotz aller Restriktionen, einen gewissen Masseneinfluß zu behalten. Trotzdem wurde die Arbeit von Jahr zu Jahr schwieriger.

Für den Kreis 18 (Stadtbezirk Berlin-Weißensee) haben sich, wie oben bereits erwähnt, im SED-Archiv die Jahresberichte zwischen 1953 und 1960 vollständig erhalten. Im letzten dieser Berichte heißt es fast schon verzweifelt: „Es hat sich in unserem Kreis an der politischen Lage unserer Partei nur insofern etwas geändert, als sich durch die Aussichtslosigkeit auf die Wiedervereinigung Deutschlands und durch die zeitweilige Bedrängung seitens der SED immer mehr Genossen absetzen. Eine freie Meinungsäußerung gibt es in unserem Sektor seit Jahren nicht mehr, es sei denn, sie fällt so aus, wie sie sich die Gegenseite wünscht. Sich bei jeder . . . ansprechen zu lassen und Rede und Antwort stehen zu müssen, und das seit Jahren, ist nicht so einfach. Das kann auch nur derjenige Verstehen, der hier arbeiten und leben muß. Die Leute, die von der Gegenseite an unsere Wohnungstüren kommen sind geschulte Funktionäre, ebenso die einen am Arbeitsplatz aufsuchen, aber da wird man ja dann meist zum Parteisekretär bestellt bzw. zur Kaderleitung. Dazu kommt noch, daß auch diejenigen Genossen, die nicht hier arbeiten, stets den aus Neid und Mißgunst gemachten Denunzierungen ihrer Nachbarn

168 Ebd., Bl. 29.

169 Ebd., Bl. 29.

ausgesetzt sind, die oft zu Verhandlungen mit dem SSD führen. Man unterstellt ihnen dann entweder, westliche Zeitungen weitergegeben zu haben, versucht zu erfahren, wer unsere Funktionäre sind, wie die Stimmung der Mitglieder einzelnen Funktionären gegenüber ist, wer die Referenten sind, versucht Berichte aus Versammlungen zu bekommen und wenn alles nichts nützt, unterstellt man dem Vorgeladenen, Karten für westliche Veranstaltungen (Waldbühne) umgesetzt zu haben, um sie dann vollends einzuschüchtern bzw. willfährig zu machen.“<sup>170</sup>

Ob es unter diesen Umständen nach dem Mauerbau noch eine Möglichkeit gegeben hätte, die Organisation der SPD aufrecht zu erhalten, ist schwer zu sagen. Ohne daß eine Möglichkeit bestand, die betroffenen Mitglieder zu befragen, wurde am 23. August 1961 die Ostberliner Kreisorganisationen der SPD vom Landesverband Berlin aufgelöst.

Die ehemaligen SPD-Mitglieder in Ostberlin, nach offiziellen Angaben immerhin 5.327 Personen, unterlagen einer strengen Beobachtung durch das MfS. In den sechziger Jahren gab es mehrere Berichte der Bezirksverwaltung Berlin über das Verhalten dieses Personenkreises. Dort herrscht überwiegend Resignation und Verzweiflung. Die Politik der SPD in Westberlin und der Bundesrepublik wurde skeptisch beurteilt. Man fühlte sich verraten und im Stich gelassen.

Mit der neuen Ostpolitik der Großen Koalition und besonders mit dem Regierungsantritt Willy Brandts begann ein neues Kapitel der Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und SED. Immer noch sahen die SED und die Stasi sozialdemokratisches Gedankengut als hochgradig staatsgefährdend an. Insbesondere der Gedanke, die Idee des Sozialismus mit Freiheit, Demokratie und bürgerlichen Grundrechten zu verbinden, wurde als sozialdemokratisch bzw. revisionistisch verteufelt. Gerade die Entspannungspolitik und die Verbesserung der Beziehungen machten in den Augen der SED die Ideologie des „Sozialdemokratismus“ so gefährlich. Man bemühte die gesamte deutsche Geschichte seit 1914, um die SPD als „Verräter der Arbeiterklasse“ zu diffamieren. Trotzdem genoß die Politik und die Person Willy Brandt in der DDR viel Sympathie bei Personen, die nicht auf die Idee gekommen wären, sich als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Die Neugründung der Sozialdemokratie in der DDR ging dann auch nicht von früheren Sozialdemokraten aus, sondern von einem Personenkreis, der sich im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung konstituiert hatte.

170 SAPMO, BPA II/A/4/101; Jahresbericht SPD-Kreis Berlin-Weißensee 1959/60.

10. *Anhang*a) *Abkürzungsverzeichnis:*

BPA	Bezirksparteiarchiv [der SED]
BStU	Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen [i.e. Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR]
BV	Bezirksverwaltung [des MfS]
FNA	Franz-Neumann-Archiv
SAPMO	Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
ZAN	Zwischenarchiv Normannenstraße
ZPA	Zentrales Parteiarchiv [der SED]

b) *Literatur:*

- BÄRWALD, HELMUT: Das Ostbüro der SPD. 1946–1971 Kampf und Niedergang (= Gegenwart und Zeitgeschichte. 14), SINUS-Verlag Krefeld 1991.
- BUSCHFORT, WOLFGANG: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung zur Berlin-Krise (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 63) R. Oldenbourg Verlag München 1991, 142 S. = Phil. Diss. Bochum.
- GNIFFKE, ERICH W.: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.
- GREBING, HELGA/KLEBMANN, CHRISTOPH/SCHÖNHOFEN, KLAUS/WEBER, HERMANN: Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945–1950, Marburg 1992.
- HEIMANN, SIEGFRIED: Die Sonderentwicklung der SPD in Ostberlin 1945 1961 (Expertise für die Enquetekommission des Deutschen Bundestages: Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur)[Msp.].
- MERRIT, RICHARD L./FRANCISCO, RONALD A.: Die Symbolpartei in der Ost-West-Auseinandersetzung. Die Sozialdemokratie in Berlin 1945 bis 1961, in: Politische Vierteljahresschrift 13 (1972), S. 311–334.
- MITTER, ARMIN/WOLLE, STEFAN: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.
- PODEWIN, NORBERT: Vereinigung oder Vereinnahmung. Untersuchung zum Zusammenschluß von KPD und SPD in Friedrichshain (= Edition Luisenstadt), Berlin 1993.
- REXIN, MANFRED: Die SPD in Ost-Berlin 1946–1961 (= Schriftenreihe des Franz-Neumann-Archivs.5), 2. Aufl. Berlin 1989.
- SCHLEGELMILCH, ARTHUR: Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945–1949 (= Schriften der Historischen Kommission zu Berlin. 4), Berlin 1993.
- WALTER, FRANZ: Thüringen – einst Hochburg der sozialistischen Arbeiterbewegung?, in: IWK 28 (1993), H. 1, S. 21–39.
- WALTER, FRANZ/DÜRR, TOBIA/SCHMIDKE, KLAUS: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993.

---

c) *Zur Zitierweise der Dokumente*

- 1) Grundsätzlich werden alle Zitate nachgewiesen.
- 2) Akten sind in der Regel entsprechend der heute gültigen Archivregistratur zitiert; eine Ausnahme bilden die Akten des MfS, die vor Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) im Auftrage des Zentralen Runden Tisches bzw. des Komitees für die Auflösung des MfS/AfNS eingesehen und kopiert wurden und momentan nicht benutzbar sind. Sie werden nach der damaligen Bezeichnung Zwischenarchiv Normannenstraße (ZAN) zitiert (vgl. Abkürzungsverzeichnis).
- 3) Einschübe sind durch eckige Klammern, Auslassungen durch drei Punkte gekennzeichnet.
- 4) In den Zitaten aus Akten wurden offensichtliche Flüchtigkeitsfehler ohne besonderen Vermerk bereinigt. Die oft fehlerhafte Rechtschreibung und Grammatik wurden jedoch als originärer Bestandteil der Dokumente behandelt und unverändert beibehalten.
- 5) Fremdsprachige Eigennamen und geographische Bezeichnungen sind grundsätzlich in der Schreibweise des Dokuments belassen.
- 6) Unterstreichungen u. dgl. im ursprünglichen Dokument wurden grundsätzlich beibehalten.
- 7) Handschriftliche Anstreichungen, Randglossen usw. wurden nur dort übernommen, wo dies für den Inhalt erheblich schien.
- 8) Auf Absätze innerhalb kurzer Zitate wurde zugunsten der Raumersparnis und der größeren Übersichtlichkeit gelegentlich verzichtet, ohne daß dies gesondert angemerkt wird.
- 9) Fernschreiben, die in der Regel durchgängig in Kleinbuchstaben geschrieben sind, wurden in die gebräuchliche Orthographie transkribiert, ohne das dies jedesmal angemerkt ist. Die Schreibung „ss“ statt „ß“, die aufgrund der fehlenden entsprechenden Type auf älteren Schreibmaschinen in den Dokumenten aus den fünfziger Jahren oft verwendet wird, ist ohne gesonderten Vermerk den heutigen Rechtsschreibregeln angepaßt.

*Zusammenfassung*

1. Aufgrund eines Befehls der Alliierten Kommandantur vom 31. Mai 1946 wurden in allen vier Sektoren von Groß-Berlin sowohl die SED als auch die SPD als Parteien zugelassen. Dadurch entstand die historisch einmalige Situation, daß unter der Herrschaft einer totalitär regierenden kommunistischen Partei eine Oppositionspartei existierte.
2. Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den zwanzig Bezirks-

verordnetenversammlungen vom 20. Oktober 1946 endeten mit einem Triumph für die SPD. In allen acht Stadtbezirken des sowjetischen Sektors war die Sozialdemokratie die stärkste politische Kraft und stellte den Bezirksbürgermeister sowie eine große Zahl von Dezerenten.

3. Der SED gelang es mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht in den folgenden Jahren, die SPD aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Die sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister wurden unter Vorwänden abgelöst und SPD-Mitglieder aus der Stadtverwaltung entlassen.

4. Trotz vielfacher Behinderungen und Einschränkungen existierte die SPD in Ostberlin weiter. Die SED ging seit Beginn der fünfziger Jahre zu einer Politik kleinlicher Schikanen über. Insbesondere am Arbeitsplatz wurden die als SPD-Genossen bekannten Mitarbeiter drangsaliert und zurückgesetzt. Es kam mehrfach zu Fällen spektakulärer Entlassungen. Unter der Beschuldigung, als Agenten des Ostbüros tätig gewesen zu sein, wurden mehrfach SPD-Mitglieder verhaftet und zu Freiheitsstrafen verurteilt.

5. Auf der anderen Seited kam es seitens der SED immer wieder zu Einheitsfront-Kampagnen. Die Ostberliner Sozialdemokraten sollten veranlaßt werden, gemeinsam mit der SED und den anderen Blockparteien, die „Friedenspolitik“ des Ostens zu unterstützen. Diese Strategie hatte das Ziel, die Basis der SPD von den angeblich rechten Parteiführern zu trennen. Obwohl viele Sozialdemokraten der Bonner Regierungspolitik ablehnend gegenüberstanden, zeitigte die Umarmungsstrategie der SED keinen sichtbaren Erfolg.

6. Langfristig erfolgreicher war die systematische Ausgrenzung, insbesondere die Benachteiligung in Beruf und Schule, die Belästigung durch Agitationstrupps im Wohngebiet u. a.m. Manche versuchten, dem Druck auszuweichen, indem sie in Westberlin Arbeit annahmen, andere waren als Rentner in einer weniger angreifbaren Position. Obwohl die Mitgliederzahlen der Ost-SPD nur langsam sank, war eine gewisse Überalterung nicht zu übersehen. Viele Sozialdemokraten gaben auf und gingen für immer in den Westen.

7. Einige Tage nach dem Mauerbau, am 23. August 1961, wurden die Ostberliner Kreisorganisationen durch den Berliner Landesvorstand aufgelöst. Die Begründung lautete, man wolle die Ostberliner Sozialdemokraten nicht gefährden. Die etwa 5.000 betroffenen SPD-Mitglieder waren an dieser Entscheidung nicht beteiligt. Wir wissen heute aus den Akten des MfS, daß sich viele von ihnen von der Mutterpartei verraten fühlten.